

- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

Aktuelle Zeitschriftenliste

Rezensionsangebote

Werte LeserInnen,

wir bieten Ihnen wieder einmal einen Rückblick auf die Zeitschrifteninhalte der vergangenen Woche, begleitet von einem breiten Spektrum an Informationen aus der Verlagslandschaft.

Besondere Aufmerksamkeit fand bei uns die soeben erschienene Festschrift für Herrn Dietrich Pannier. Der Pressemitteilung des BGH vom 01.07.2010

<http://www.rws-verlag.de/hauptnavigation/aktuell/news-detail/article/1/BGH-Leitender-Regierungsdirektor-Dietrich-Pannier-im-Ruhestand.html>

können wir uns nur anschließen.

Die Festschrift für den ltd. Regierungsdirektor der Bibliothek des BGH zum 65. Geburtstag vereint 35 Beiträge von Weggefährten und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis. Sie spiegelt eindrucksvoll die Facetten seiner Persönlichkeit, seiner beruflichen Tätigkeit und seines Engagements für die wissenschaftlichen Bibliotheken wider. (So die Pressemitteilung des Verlages.) Wir stellen das Buch zur Rezension bereit. (Hierbei gilt – wie immer – wer zuerst kommt, erhält das Werk. Alle anderen – dies bitten wir zu entschuldigen – erhalten keine Nachricht.)

In der Sachgruppe 25 finden Sie heute eine Buchbesprechung zu "EUROPARECHT" von Doerfert / Oberrath / Schäfer aus dem Boorberg Verlag.

Das 50-jährige Jubiläum des betriebswirtschaftlichen Standardwerks "Wöhe" heben wir ebenfalls hervor. Die aufschlussreiche Pressemitteilung des Vahlen Verlages findet sich in der Sachgruppe 28.

Ihr Kuselit-Team

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

Ingeborg Asperger | Heinrich Hellstab
Michael Richter

RVG effizient II

Übungen für Rechtsfachwirte

Münster 2010
250 S., 34.00 €
Erscheinungstermin: 09.2010
ISBN 978-3-89655-505-2



Leichter geht's nicht - So läßt sich die Prüfungshürde mit Schwung nehmen! Das Übungsbuch bietet: Fälle und Lösungen, Prüfungsfragen und Antworten sowie Probeklausuren. Zum Nachschlagen und Vertiefen finden sich immer wieder Querverweise auf das „Praxishandbuch“. Fazit: Mit Band I und II ist man in Ausbildung und Praxis rundum gut versorgt.

www.zap-verlag.de

Markus A. Mayer

Die Streitwertminderung
nach § 12 Abs. 4 UWG
WRP 9/2010, 1126-1131

BGH

Anforderungen an die anwaltliche Unterschrift
B. v. 09.02.2010 - VIII ZB 717/09 -
JurBüro 8/2010, 448

OLG Stuttgart

Erstattungsfähigkeit der Flugreisekosten eines auswärtigen Anwalts
B. v. 10.03.2010 - 8 W 121/10 -
NJW-Spezial 18/2010, 571

LG Hannover

Zum Interessenkonflikt des die Hauptaktionärin beratenden Rechtsanwalts als Mitglied des Aufsichtsrats; Continental U. v. 17.03.2010 - 23 O 124/09 - mit Anmerkung Marcus Lutter
BB 38/2010, 2264-2268

OLG Hamm

Keine Wiedereinsetzung (mehr) bei Rechtsmitteleinlegung bei falschem Gericht
B. v. 06.05.2010 - 2 UF 4/10 - mit Anmerkung Hans-Otto Burschel
FamFR 17/2010, 398

Deutscher Mediationstag 2010

Qualität in der Mediation

8. und 9. Oktober 2010, Jena

Die zunehmende Institutionalisierung der Mediation geht mit einer lebhaften Professionalisierungsdebatte einher, in der über die Qualität in der Mediation und die Notwendigkeit entsprechender Normierungen gestritten wird.

Sind berufsregelnde Vorgaben überflüssig, weil der Wettbewerb zwischen den Mediatoren eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung am besten sichert? Sollen Berufsverbände die Standards guter Mediation garantieren? Oder bedarf es zum Schutz der Verbraucher und Nutzer von Mediation gesetzlicher Anforderungen an die sachliche und persönliche Eignung der Mediatoren? Letztere sind in Form von Zulassungsakten, Anerkennungsentscheidungen und so genannten Gütesiegeln denkbar.

Dabei kann die jeweilige Qualitätskontrolle durch staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Körperschaften, beliehene Private, durch eine Stiftung oder sonstige privatrechtliche Organisationen im Wege freiwilliger Selbstkontrolle vorgenommen werden.

Welche Form der Qualitätssicherung empfiehlt sich? Die Regulierungsdiskussion hat durch die europäische Mediationsrichtlinie zusätzliche Aktualität erlangt. Sie wird durch eine Qualitätsdiskussion überlagert. Was sind Standards guter Mediation? Muss man nach einzelnen Anwendungsfeldern unterscheiden?

Der Deutsche Mediationstag 2010 widmet sich den genannten Fragen. Am ersten Tag geht es vornehmlich darum, welche Regelungen sich empfehlen, um die Qualität in der Mediation zu sichern. Am zweiten Tag stehen ethische Anforderungen an die Mediation und Standards guter Mediation in Einzelbereichen im Mittelpunkt.

Programm

- Qualitätsregelungen der Mediation in Europa und der Welt
- Qualitätssicherung im Referentenentwurf des Deutschen Mediationsgesetzes
- Qualitätsanforderungen an die Mediation aus Verbrauchersicht - eine erste Einschätzung
- Podiumsdiskussion: Welche Regelungen empfehlen sich, um die Qualität in der Mediation zu sichern?
- Ethics und Ethik in der Mediation
- Standards guter Mediation in Einzelbereichen
- Forum 1: Familienmediation
- Forum 2: Allgemeines Zivilrecht
- Forum 3: Mediation in kleinen und mittleren Unternehmen
- Forum 4: Mediation in großen Wirtschaftsunternehmen
- Forum 5: Mediation in der Versicherungswirtschaft

www.rewi.uni-jena.de

Raimund Brunner

Bernd von Heintschel-Heinegg (Hrsg.)

Staatsanwaltlicher Sitzungsdienst

Eine Anleitung für Klausur und Praxis

12. Aufl., München 2010
71 S., 14.90 €
Erscheinungstermin: 01.07.2010
ISBN 978-3-8006-4012-6

www.vahlen.de

Norbert Schneider

Anwaltsvergütung in Verkehrssachen

Zivilsachen, Straf- und Bußgeldsachen,
Verwaltungsrecht

München 2010
200 S., 36.00 €
ISBN 978-3-406-60490-4



www.beck-shop.de

2. Recht Allgemein

Antje Himmelreich | Juozas Galginaitis

Einführung in das Litauische Recht

Berlin 2010
318 S., 39.00 €
ISBN 978-3-8305-1776-4



Seit dem Beitritt Litauens zur Europäischen Union am 01.05.2004 sind bereits mehr als fünf Jahre vergangen. Im „alten Europa“ haben sich viele längst an die neuen Verhältnisse gewöhnt, so dass die schwierigen Transformationsprozesse, die Litauen durchlaufen musste, aus der Sicht der westlichen Nachbarn bereits in den Hintergrund getreten sind.

Eine tiefere Auseinandersetzung mit dem litauischen Rechtssystem zeigt jedoch, dass es von sehr unterschiedlichen Traditionen geprägt und gleichzeitig Teil vielfältiger moderner Entwicklungsströmungen ist. So verdient z.B. angesichts der Diskussion über eine weitere Harmonisierung des europäischen Zivilrechts die Neukodifikation des litauischen Zivilrechts nach der Jahrhundertwende Interesse. Bei alledem bleiben die Schwierigkeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses weiter spürbar.

Die Initiative für das vorliegende Werk entstand im Rahmen des Programms „Recht im Ostseeraum“, das die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in den Jahren 2002/2003 durchführte. Im Rahmen dieses Programms wurden mehrfach Gastdozenten zu Vorlesungen nach Kiel eingeladen, so auch der Mitherausgeber dieses Bandes, Prof. Dr. Juozas Galginaitis.

www.bwv-verlag.de

Irmtrud Wojak
Fritz Bauer 1903-1968. Eine Biographie,
München 2009.
Rez. Matthias Meusch
kostenfrei abrufbar unter
<http://www.sehepunkte.de/2010/03/15777.html>

Jens Wüstemann
Im Blickpunkt: Masterstudiengänge.
Mannheimer Master of Accounting und
Master of Taxation, (Beilage BB-aktuell)
BB 38/2010, 6



PRESSEMITTEILUNG

Dr. Michael Schremmer verlässt De Gruyter

Berlin, 14. September 2010

Dr. Michael Schremmer, Editorial Director Legal, hat De Gruyter Anfang September verlassen, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Michael Schremmer hat den Bereich Legal seit 2002 geleitet.

„Wir danken Herrn Dr. Schremmer für seinen engagierten Einsatz bei De Gruyter und wünschen ihm für die kommenden beruflichen Herausforderungen viel Erfolg und für die Zukunft alles Gute“, sagt Dr. Sven Fund, CEO bei De Gruyter.

www.degruyter.com

StudZR Heidelberg e.V. (Hrsg.)

Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg

Ausgabe 2/2010

Heidelberg 2010
200 S., 5.95 €
ISBN 978-3-8114-7702-5

www.hjr-verlag.de



68. Deutscher Juristentag

Diskutieren Sie mit – gestalten Sie mit!

Beim 68. Deutschen Juristentag treffen sich vom 21. bis 24. September 2010 mehr als 3.000 Teilnehmer. Die Legal Tribune ONLINE berichtet live aus Berlin auf lto.de, Facebook und Twitter. Begleiten Sie uns – getreu dem Motto "Recht mitgestalten" des Deutschen Juristentages.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1458/Teaserbeitrag-DJT/>

Juristische Ausbildung (JURA)

Vorschau der nächsten Hefte

Beiträge

- "Faktische Unmöglichkeit" (§ 275 II BGB) und Störung der Geschäftsgrundlage (§131 BGB) - unmöglich abzugrenzen
- "Legalität und Legitimation" - Gedanken zum Verhältnis von subjektivem Recht und Rechtsmittelmissbrauch
- Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht
- Terrorismus - Was haben "Rote Armee Fraktion" und "Jihadisten" gemeinsam?

Rechtsprechung

Zur Bestellung eines Pflichtverteidigers im Ermittlungsverfahren (OLG Oldenburg)

Grundstudium

Ausgewählte Beiträge zu den Pflichtfächern der Anfangssemester.

Repetitorium

Konzentrierte Darstellung der Kerngebiete des Examensstoffes

Schwerpunktbereiche

Die Strafaussetzung zur Bewährung

2. Recht Allgemein

Detlev Fischer | Marcus Obert (Hrsg.)

Festschrift für Dietrich Pannier

Köln 2010

469 S.
119,- €

ISBN 978-3-452-27332-1



I. Beiträge zur Rechtsgeschichte und Juristischen Zeitgeschichte

Gero **Dolezalek**

Juristische Handschriften aus der Zeit der Glossatoren in der Bibliothek des Reichsgerichts

Detlev **Fischer**

Justizzeitgeschichte im Rechtshistorischen Museum Karlsruhe

Markus **Gehrlein**

Franz Schäfer (1879–1958): Landgerichtspräsident und Reichsgerichtsrat

Norbert **Gross**

Habent sua fata libelli: Das Trauma des Sammlers – Bücher aus Diebeshand

Wilhelm **Güde**

Max Güde (1902–1984): Zugleich ein kleiner Beitrag zur Geschichte der Bundesanwaltschaft in den Fünfziger Jahren

Reiner **Haehling von Lanzenauer**

Karl Buzengeiger: Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe 1930–1937

Hildebert **Kirchner**

Bundesgerichtshöfische Nebenstunden

Gerhart **Kreft**

Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Gesamtvollstreckungsordnung: Ein Rückblick

Diemut **Majer**

Höchstgerichtsbarkeit in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert: Ein rechtshistorischer Rückblick

Kay **Nehm**

Das kleine rote Büchlein: Ein Rückblick auf die Auflösung der Behörde des Generalstaatsanwalts der DDR

Jochen **Otto**

Rechtslehre und Rechtspraxis: Die Entwicklung der opinio communis im Zeitalter der Kommentatoren – Albericus de Rosate (ca. 1290–1360) und das Dictionarium iuris

Wolfgang **Schlick**

Frühe Urteile des III. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs

Klaus-Peter **Schroeder**

Levin Goldschmidt (1829–1897): Vom Heidelberger Rechtsprofessor zum Richter am Bundesoberhandelsgericht

Werner **Schubert**

Das Reichsgericht in der Weimarer Zeit

Wolfgang **Schwab**

St. Ivo (ca. 1253–1303): Auf den Spuren des Patrons des Juristenstandes

Fritz **Sturm**

Erforschung und Beweis fremden Rechts: Die höchstrichterliche deutsche Rechtsprechung vor Inkrafttreten der ZPO

Hans-Wolf **Thümmel**

Die Entenmaier in Württemberg und andere Winkeladvokaten

Karl **Zippelius**

Arnold Horn (1844–1938): Karlsruher Rechtsanwalt und Privatgelehrter

II. Beiträge zum Juristischen Bibliothekswesen

Monika **Böhm-Leitzbach** | Annette **Schlag**

Das Informations- und Bibliotheksportal des Bundes: Wissen und Information für die Verwaltung

Jürgen Christoph **Gödan**

Typologie der Bibliotheken mit Beständen zum ausländischen und internationalen Recht

Ulrike **Habersetzer**

Der geteilte (Bücher-)Himmel: Die Reichsgerichtsbibliothek im Bundesgerichtshof

Claudia **Holland**

Reformen im Beamtenrecht: Rechtslage nach der Föderalismusreform I im Jahre 2009

Jürgen **Kaestner**

Karpfen, Ausgedrücktes und die wunderschöne Schlangensuppe: Rezepte für die moderne Behördenbibliothek

Holger **Knudsen**

Die Law Libraries Section der IFLA

Lyonette **Louis-Jacques**

Global Legal Information Networks: Convergence of People and Data Across Borders

Harald **Müller**

Gerichts- und Behördenbibliotheken im Urheberrecht: »Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt«

Markus **Obert**

Medienentwicklung und Verantwortung der Bibliotheken der Höchstgerichtsbarkeit

Josef **Pauser**

Streiflichter aus der Geschichte der Bibliothek des österreichischen Verfassungsgerichtshofes

Angela **Pohl** | Ivo **Vogel**

Die digitale Welt des Rechts: Von den Anfängen des Internets bis zur Virtuellen Fachbibliothek Recht

Volker **Roth-Plettenberg**

Die Bibliothek des Bundesverfassungsgerichts: Ihre Entwicklung zwischen 1992 und 2010

Patrick **Sellier**

Kooperationen und E-Publishing im juristischen Informationsmarkt

Klaus **Tolksdorf**

Der Bibliothekar, der Jurist und der Computer: Dietrich Pannier und die EDV beim Bundesgerichtshof

Volker **Vorwerk**

Exlibris – wo bleibt der gute Glaube?

Peter Johannes **Weber**

Das juristische Bibliothekswesen in der Schweiz

Hans-Peter **Ziegler**

Die Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen (AjBD)

3. Staats- und Verfassungsrecht

Florian Becker | Klaus Stern (Hrsg.)

Grundrechte-Kommentar

Köln 2009
1856 S., 118,00 €
ISBN 978-3-452-27061-0



Im Laufe der 60-jährigen Geschichte des Grundgesetzes haben die Grundrechte eine für das gesamte Rechtsleben zentrale Bedeutung erlangt. Vor allem die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat sie in ihren subjektiv- und objektivrechtlichen Gehalten in einem Maße entfaltet, den der Verfassungsgeber nicht ahnen konnte.

Die Wunschvorstellung im Parlamentarischen Rat, die „Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren“, ist Wirklichkeit geworden. Parlamente, Regierungen, Verwaltungsbehörden, Gerichte aller Zweige und Instanzen werden bei der Schaffung und Aulegung der Gesetze ständig mit den Grundrechten konfrontiert. Zudem ist die Beachtung der Grundrechte ein Thema, das sich jedem Juristen stellt und für jeden Bürger von größter Wichtigkeit ist.

Diesem Bedeutungsgehalt der Grundrechte für Wissenschaft und Praxis trägt der neue Kommentar von Professor Dr. Klaus Stern und Professor Dr. Florian Becker Rechnung. Bearbeitet von einer hochkarätigen Autorenschaft, widmet er sich den Grundrechten des ersten Abschnitts unserer Verfassung und der ihm zugehörigen grundrechtsgleichen Rechte der Artikel 33, 38, 101, 103 und 104 sowie des eng mit Artikel 4 zusammenhängenden Artikels 140. Dabei werden auch internationale und europäische Aspekte (EMRK, Grundrechte-Charta etc.) sowie prozessuale Fragen angemessen berücksichtigt.

Besprochen von Rudolf Summer
in Zeitschrift für Beamtenrecht
(ZBR) 5/2010, S. 179-180

www.heymanns.com

Matthias Kallerhoff

Die übergangsrechtliche Fortgeltung von Bundesrecht nach dem Grundgesetz

Eine Untersuchung zu den Art. 125a-c GG

Baden-Baden 2010
172 S., 44,00 €
ISBN 978-3-8329-5554-0



Die verfassungsrechtlichen Übergangsnormen für den Fall der Neuordnung von Gesetzgebungskompetenzen haben durch die jüngeren Verfassungsänderungen, namentlich durch die Föderalismusreform I 2006, einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Gleichwohl war das Übergangsrecht der Art. 125a-c GG bisher – vor allem auch in der Rechtsprechung – nur vereinzelt Gegenstand der Erörterung.

Die vorliegende Arbeit wählt den Ansatz einer systematischen und vergleichenden Darstellung zu diesen verfassungsrechtlichen Übergangsnormen. Dabei wird nicht nur den allgemeinen Strukturen der Problematik der Fortgeltung von Bundesrecht nachgegangen. Es werden insbesondere auch konkrete, aktuelle Fragen wie das Zusammenspiel von Art. 125a I mit Art. 84 I 7 GG, die Unterscheidung von Ersetzung und Abweichung sowie die verbliebenen Kompetenzen des Bundesgesetzgebers erörtert. Dies mündet in einer zusammenfassenden Würdigung der Art. 125a-c GG unter besonderer Berücksichtigung ihrer Ablösungstechnik zur Etablierung der neuen Rechtslage.

www.nomos.de

Ulrich Karpén

Die neuen Instrumente der Hochschulfinanzierung. Deutsche Universitäten und die Wissenschaftsfreiheit,
<http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/9-2010/index.html>

Kay Waechter (Hrsg.)

Grundrechtsdemokratie und Verfassungsgeschichte

Halle 2009
100 S., 34,00 €
ISBN 978-3-86977-000-0

Verfassungsgeschichte ist intertemporäre Verfassungsvergleichung. Die vier Beiträge dieses Tagungsbandes aus Anlass des Ausscheidens von Prof. Dr. J.-D. Kühne aus dem aktiven Dienst als Hochschul-lehrer an der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover zeigen die Fruchtbarkeit ganz unterschiedlicher Ansätze. Geprüft werden die Brauchbarkeit historischer dogmatischer Bestände für die Lösung heutiger Verfassungsprobleme einerseits und einen theoretischen Bezugsrahmen für die Verfassungsvergleichung andererseits. Zwei weitere Beiträge beinhalten zeitgeschichtliche Distanzierungen: Wie verhält sich eine Anwaltschaft in einer Diktatur? Kann ein kraftvoller Parlamentarismus mit der Randbedingung eines ausgeprägten Individualismus Bestand und Erfolg haben?

Inhalt

Kay Waechter

Vorwort des Herausgebers

Albert Janssen

Otto von Gierkes Freiheitsbegriff als Beitrag zur Auslegung der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 I GG)

Christoph Gusy

Vergleichende Verfassungsgeschichte als Desiderat und Aufgabe

Hinrich Rüping

Probleme der Geschichte eines freien Berufs am Beispiel der Anwaltschaft

Wolfgang Zeh

Parlamentarismus und Individualismus

www.uvhw.de

4. Gesetze und Verordnungen

Holger Berens | Hans P. Engel

Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor Band 1

2. Aufl., Herne 2010
1120 S., 9.40 €
Erscheinungstermin: August 2010
ISBN 978-3-482-59592-9

Immer mit dabei - Ihr zuverlässiger
Studienbegleiter

Diese NWB-Textausgaben orientieren sich an den aktuellen Lehrplänen der deutschen Hochschulen für Bachelor-Studiengänge und sind systematisch nach einzelnen Rechtsgebieten gegliedert.

Beide Bände begleiten Sie rechtssicher durch alle Semester und erfüllen die meisten Prüfungsordnungen. Die übersichtliche Darstellung mit Griffleiste, Inhaltsübersichten für die einzelnen Rechtsbereiche sowie einem ausführlichen Stichwortverzeichnis erleichtern das schnelle Auffinden der benötigten Vorschriften. Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor Band 1 stellt die Kerninhalte des Wirtschaftsrechts dar. Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor Band 2 vermittelt neben dem Marken-, Wettbewerbs-, Kartell- und Urheberrecht auch das Verfahrensrecht und wichtige Rechtsgebiete neuer Technologien – insbesondere der Telekommunikation.

Rechtsstand ist der 01.08.2010.

Ob während der Vorlesung, bei Hausarbeiten oder Klausuren – die Wichtigen Wirtschaftsgesetze für Bachelor unterstützen Sie durch den genauen inhaltlichen Zuschnitt und das gute Handling!

Aus dem Inhalt

- Grundlagen (EG -Vertrag, Grundgesetz, BGB und EGBGB)
- Handels- und Gesellschaftsrecht
- relevante arbeitsrechtliche Gesetze

www.nwb.de

Georg Augustin | Stephan Rautschka
Ralph Brinkmann

Italienisches Steuergesetz Testo Unico delle Imposte sui Redditi (TUIR)

München 2010
320 S., 50.00 €
ISBN 978-3-406-59036-8



Zum Werk

Mit dem Werk von Augustin/Rautschka liegt zum ersten Mal eine vollständige Übersetzung des Testo Unico delle Imposte sui Redditi - TUIR (Vereinheitlichter Gesetzestext der Steuern auf das Einkommen) in deutscher Sprache vor. Das zentrale und komplexe Regelwerk für die Besteuerung von Steuerpflichtigen in Italien wird damit für Berater sowohl in Deutschland als auch in Italien leichter zugänglich. Eine wertvolle Arbeitshilfe bei der Beratung deutsch-italienischer Unternehmenstransaktionen.

Vorteile auf einen Blick

- Rechtssicherheit
- Transparenz
- Schnelligkeit

Zielgruppe

- Steuerberater
- Wirtschaftsprüfer
- Unternehmer

www.beck-shop.de

Oleg de Lousanoff

La GmbH GmbH Gesetz

3. Aufl., Frankfurt am Main 2010
400 S., 84.00 €
Erscheinungstermin: Oktober 2010
ISBN 978-3-8314-2958-5

www.kreditwesen.de

Die wichtigsten Aushanggesetze

3. Aufl., Freiburg 2010
472 S.
24.80 €
ISBN 978-3-648-00548-4



Mit dem Aushang der Broschüre "Die wichtigsten Aushanggesetze für den öffentlichen Dienst", z.B. am schwarzen Brett, erfüllen Sie die gesetzliche Aushangspflicht schnell und unkompliziert. Jeder Arbeitgeber ist per Gesetz verpflichtet, seine Beschäftigten durch Aushang über bestimmte Arbeitsschutzgesetze in ihrer aktuellen Fassung zu informieren. Um Ihnen den Aushang zu erleichtern, ist der Titel mit einer Lochung versehen. Einfacher und bequemer geht es nicht! Und das Beste für Sie: Durch den praktischen Aktualisierungsdienst (keine Abnahmeverpflichtung) sind Sie auf Wunsch auch in Zukunft immer auf der rechtssicheren Seite.

Inhalte:

- Gendiagnostikgesetz
- Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder
- Bildschirmarbeitsverordnung
- Änderung im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
- Nichtrauchererschutz
- Teilzeit- und Befristungsgesetz
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Arbeitszeitgesetz
- Mutterschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitsschutzgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Ladenschlussgesetz
- und weitere Gesetze
- in Kürze: Röntgenverordnung

www.haufe.de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Andreas Gietl

Rauchen in bayerischen Gaststätten nach dem GSG 2010

GewArch 9/2010, 344-348

Josef Franz Lindner | Markus Möstl
Heinrich Amadeus Wolff
Verfassung des Freistaates Bayern, Kommentar, München 2009,
Rezension Klaas Engelken

DÖV 11/2010, 482-483

Manfred Günther

Die Fischerprüfung in Niedersachsen

Ein Leitfaden zur Sportfischerprüfung

Norderstedt 2010

68 S.

9.90 €

ISBN 978-3-8391-7148-6



Fischerprüfung in Niedersachsen. Hier wird der Weg zur erfolgreichen Fischerprüfung in Niedersachsen beschrieben. In der Bundesrepublik ist das Fischereirecht ein Länderrecht, das bedeutet das sich die Vorschriften und Gesetzesparagrafen von Bundesland zu Bundesland stark unterscheiden können. Auch die Ausbildung und die Prüfung zur Sportfischerprüfung unterscheiden sich im Detail.

Dieses Buch wird ihnen den Weg zur erfolgreichen Sportfischerprüfung weisen. Es gibt Ihnen die Möglichkeit an der großen Gemeinschaft der Angler teilzuhaben und einem wunderbarem Hobby nachgehen zu können. Ich wünsche allen Interessierten viel Erfolg und für das spätere Anglerleben viel Petri Heil. Der Autor blickt auf eine über 40jährige Anglerpraxis zurück und ist seit langen Jahren als Gewässerwart und als Ausbilder in den VDSF-Lehrgängen zur Sportfischerprüfung tätig.

www.book-on-demand.de

Wolfgang Bott

Dienstrecht in Hessen

Handbuch für Lehrerinnen und Lehrer

2. Aufl., Kronach 2010

ISBN 978-3-556-02295-5

34.00 €

Klare und verständliche Aufarbeitung der juristischen Materie des öffentlichen Dienstes für die am Schulleben Beteiligten anhand von Fallkonstellationen aus der Praxis.

Wie können sich Lehrkräfte rechtlich gegen die Abordnung an eine andere Schule wehren? Welche Schriftstücke gehören in die Personalakte? Inwieweit dürfen Lehrerinnen und Lehrer Nebentätigkeiten ausüben? Eine Vielzahl von Fragen, die Lehrkräfte beschäftigen, ist dienstrechtlicher Natur.

Zum Inhalt

Fragen aus der Praxis beantwortet das Handbuch „Dienstrecht in Hessen“ anhand ausgewählter Fallbeispiele aus dem Berufsalltag. Das Buch gibt einen umfassenden Überblick über die Grundzüge des hessischen Beamtenrechts und unterstützt insbesondere Lehrerinnen und Lehrer bei der Klärung der häufigsten dienstrechtlichen Probleme. Neben dem öffentlichen Dienstrecht auf aktuellem Stand der Gesetzgebung einschließlich Altersteilzeit und Teildienstfähigkeit beinhaltet das Buch Grundlagen zum

- Recht der Lehrkräfte im Tarifbeschäftigtenverhältnis,
- Recht der Personalvertretungen,
- Rechtsschutz der Beamten gegen Maßnahmen des Dienstherrn.

Die zweite Auflage berücksichtigt das im Zuge der Föderalismusreform erlassene Beamtenstatusgesetz und die Dienstrechtsreform in Hessen

www.carlink.de

Ulrich Drost (Hrsg.)

Das neue Wasserrecht in Bayern

Stuttgart 2010

3000 S.

148.00 €

ISBN 978-3-415-04485-2



Das Werk bietet praxisgerechte Kommentierungen und eine an den Belangen des Vollzugs ausgerichtete Vorschriftensammlung des Bundes- und Landesrechts.

- Band I (WHG-Kommentar) beinhaltet bereits bei Erscheinen einen Vollkommentar zu den neuen Regelungen des WHG,
- Band III (Vorschriftensammlung zum Europa- und Bundesrecht) die für den Verwaltungsvollzug relevanten wasserrechtlichen Vorschriften und
- Band IV (Vorschriftensammlung zum Landesrecht) die für den gesamten Bereich des Wasserrechts landesrechtlich einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien.

In Kürze wird das Werk im Rahmen einer Ergänzungslieferung um Band II (BayWG-Kommentar) ergänzt. Dieser wird einen Vollkommentar zum neuen BayWG enthalten. Band V (VUMwS – Kommentar und Vorschriftensammlung) erscheint zeitnah zum Erlass der VUMwS ebenfalls im Rahmen einer Ergänzungslieferung und kommentiert die entsprechenden Regelungen.

www.boorberg.de

Heinrich Siepmann

Stellenbewertung für Kommunalbeamte

4. Aufl., Köln 2010

ca. 260 S., 29.00 €

ISBN 978-3-472-07855-5

www.wolterskluwer.de

6. Verwaltungsrecht

17. Baden-Württembergischer Verwaltungsrechtstag

28.09.2010, Freiburg

Programm

- Vorabentscheidungen nach Lissabon und Osterweiterung
- Art. 267 AEUV
- Klagemöglichkeiten von Verbänden im Verwaltungsprozess
- Der Begriff der „Zentralen Versorgungsbereiche“
- Neuerungen des VwVfG die Genehmigungsfiktion des § 42a VwVfG

www.arge-verwaltungsrecht-bw.de

Andreas Belke

Vergabepaxis für Auftraggeber

Rechtliche Grundlagen - Vorbereitung -
Abwicklung

Wiesbaden 2010

200 S., 29.90 €

ISBN 978-3-8348-1325-1



Ausschreibungs- und Vergabeverfahren von Bauleistungen bergen auch für den ausschreibenden Planer viele Tücken und Fallstricke. Dieses Praxisbuch erklärt die Verfahren und die Vorgehensweisen Schritt für Schritt und stellt anschaulich die Bezüge zu den relevanten Gesetzen und Verordnungen her (VOB/A und HOAI). Ein gut strukturierter Leitfaden für die fehlerfreie und regelkonforme Durchführung von Ausschreibung und Vergabe unter Berücksichtigung der VOB 2009.

www.viewegteubner.de

Andreas Peilert | Martin Müller
Winfried Kluth (Hrsg.)

Aktuelle sicherheitsrechtliche Fragen zwischen staatlicher und privater Aufgabenerfüllung

Köln 2010

154 S., 28.00 €

Recht des Sicherheitsgewerbes, Bd. 41

ISBN 978-3-452-27402-1

Friedrich **Schoch**

Privatisierung polizeilicher Aufgaben?

Andreas **Peilert**

Rechtliche und organisatorische Instrumentarien von Unternehmen zum Schutz vor wirtschaftskriminellem Verhalten

Jörn Axel **Kämmerer**

Der lange Abschied vom staatlichen
Gewaltmonopol

Dirk **Heckmann**

Der virtuelle Raum als Wohnung?

Die sogenannte Online-Durchsuchung
zwischen Privatsphäre und offenem Netz

Rainer **Prätorius**

Polizeiliche Autonomie - nur noch eine
Illusion?

Wolfgang **Maennig**

Zur Ökonomik von Kriminalität und Krimi-
nalitätsbekämpfung

Harald **Olschok**

Aktuelle Herausforderungen in der
Tarifpolitik: Mindestlohn für das
Sicherheitsgewerbe?

Harald **Stohiechner** | Marlene **Mayer**

Anhaltebefugnisse privater Kontroll-
personen in öffentlichen Verkehrsmitteln

Kay **Waechter**

»Seesicherheit« - Sicherheit im gewerb-
lichen Schiffsverkehr

www.heymanns.com

Bernd Düsterdiek | Hendrik Röwekamp

VOL/A und VOL/B

Kurzerläuterungen für die Praxis

6. Aufl., Stuttgart 2010

360 S., 49.00 €

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-17-021532-0

Mit der Neufassung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen vom 20.11.2009 wurden die für die Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungen maßgeblichen Vorschriften neu strukturiert und grundlegend überarbeitet. Die 6. Auflage der Kurzerläuterungen bietet eine klare, praxisnahe Darstellung der einzelnen Regelungsinhalte unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung. Daneben enthält das Buch eine Einführung in die wesentlichen Grundlagen des Vergaberechts, den Ablauf eines Vergabeverfahrens sowie den Rechtsschutz bei Vergaben unterhalb und oberhalb der Schwellenwerte. Übersichten, Checklisten und Muster wesentlicher Vergabeunterlagen erleichtern die praktische Arbeit und ermöglichen eine rechtssichere und effiziente Auftragsvergabe.

www.kohlhammer.de

ÖSTERREICH

Bernt Elsner

Bundesvergabegesetz 2006 (BVerG)

Das neue Vergaberecht idF
der BVerG-Novelle 2010

3. Aufl., Wien 2010

820 S.

143.96 €

ISBN 978-3-214-08118-8



Erscheinungstermin: September 2010

www.manz.at

7. Glaube | Religion | Kirche

Martina Haedrich (Hrsg.)

Muslime im säkularen Staat eine Untersuchung anhand von Deutschland und Österreich

Tagungsband
eines wissenschaftlichen Symposium
an der Friedrich-Schiller-Universität-Jena
am 16.-17.05.2008

Jenaer Schriften zum Recht, Band 38
Stuttgart 2009
28 S., 34,- €
ISBN 978-3-415-04302-2

Der Band vereinigt die Beiträge eines Symposiums, in denen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Stellung und Behandlung von Muslimen in Deutschland und Österreich aufgezeigt werden. Die Analysen verdeutlichen, dass in beiden Staaten die Trennlinien mit besonderer Schärfe zwischen säkularen und religiös orientierten Migranten verlaufen.

Insbesondere in Deutschland hat die Mehrheitsgesellschaft zum Teil starke Vorbehalte gegen ein offensives Auftreten islamischer Organisationen und gegen deren Ansprüche auf Repräsentanz im öffentlichen Raum. Es wird diskutiert, wie mit fundamentalistischen Varianten des Islam umzugehen ist. Die Referenten analysieren, in welchem Spannungsverhältnis die staatliche Schutzpflicht und die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu den Freiheitsrechten der Muslime steht. In detaillierten Einzeluntersuchungen gehen sie speziellen Fragen des Europarechts und des Verwaltungsrechts hinsichtlich des Freizügigkeitsrechts für assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige sowie des Problems der Kompatibilität des islamischen Rechts mit der deutschen Rechtsordnung nach.

Inhaltsverzeichnis

Nils Ole **Oermann**

Die Deutsche Islamkonferenz.
Ihre Genese im Spiegel juristisch-theologischer und öffentlicher Auseinandersetzungen

Barbara **Liegl**

Muslime und Musliminnen in Österreich
zwischen Integration, Islamfeindlichkeit
und Stärkung der eigenen Identitäten

Martina **Haedrich**

Multireligiosität als Rechtsproblem - das
Beispiel Islam

Tilman **Seidensticker**

Empirische Daten zu politisch-religiös
motivierter Gewalt in der Studie „Muslime
in Deutschland“

Paul **Fischer**

Auswirkungen des Kampfs gegen den Ter-
ror auf die Freiheitsrechte von Muslimen

Harald **Dörig**

Integration von türkischen Arbeitnehmern
nach dem europäischen Assoziationsrecht

Hannes **Unberath**

Die Anwendung islamischen Rechts durch
deutsche Gerichte – Bemerkungen zum
Verhältnis von kultureller Identität und
Grundgesetz

Eberhard **Eichenhofer**

Kultur und Traditionen der Muslime – die
polygame Ehe und Implikation für deut-
sches Sozialrecht

Günter **Jerouschek**

Multikulturalität und Normativität
am Beispiel der Beschneidung

Rezension: ZAR 4/2010, 152

www.boorberg.de

Bernhard **Appel** | Ulrike **Hahn**

„Dampf in der sozialen Maschine“.
Die Caritas bietet sich dem Sozialstaat
nicht allein als „Dienstleister“ an. Sie
verstehet sich vielmehr als sozialpolitische
Kraft der Kirche, die auf soziale Teilhabe
und Integration dringt,

PolMei 6/2010, 17-23

Legal Tribune ONLINE
Job. Wissen. Leben.

Benedikt XVI. in Großbritannien Kann der Papst verhaftet werden?

„Setzt den Papst auf die Anklagebank“ lau-
tete übersetzt der Titel eines im April im
britischen Guardian erschienenen Artikels.
Darin wollte der bekannte britische An-
walt Geoffrey Robertson den Papst wegen
seiner Rolle bei den Missbrauchsskan-
dalen in der Katholischen Kirche anklagen
lassen. Dazu kommt es natürlich nicht.
Doch wäre es juristisch möglich?

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1488/Papstbesuch-Kann-der-Papst-verhaftet-werden/>

AG Bielefeld

Streikrecht: Warnstreiks gegen Einrich-
tungen der evangelischen Kirche rechts-
widrig

03.03.2010 - 3 Ca 2958/09 -
AA 9/201, 156-157

Patrick **Bahnert**

Fanatismus der Aufklärung.
Zur Kritik der Islamkritik,
Blätter 9/2010, 105-117

Hermann Weber

Literatur, Recht und Religion Tagung im Nordkolleg Rendsburg vom 18. bis 20. September 2009

Rechtsgeschichte und Rechtsgeschehen,
Bd. 11

Münster 2010
176 S., 29.90 €
ISBN 978-3-643-10645-2
Erscheinungstermin: 25.09.2010

www.lit-verlag.de

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

Graciela Hoffmann

Urteilsanerkennung im deutsch-australischen Rechtsverkehr

Studien zum Internationalen Privat-
und Zivilprozessrecht sowie
zum UN-Kaufrecht, Bd. 39

Hamburg 2010
196 S., 78.00 €
ISBN 978-3-8300-5051-3



Das Buch beschäftigt sich mit Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit der Anerkennung von Urteilen im deutsch-australischen Rechtsverkehr auftreten. Im ersten Teil werden neben einem kurzen geschichtlichen Überblick über die Entstehung des Commonwealth of Australia, die Entwicklung des australischen Rechtssystems und dessen Struktur sowie die australischen Rechtsquellen dargestellt. Im Anschluss daran wird das Anerkennungsrecht in Deutschland und Australien beschrieben und die jeweilige Wirkungserstreckung einer ausländischen Entscheidung auf das jeweilige Land erläutert. Im dritten Teil des Buches werden anhand von § 328 ZPO die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Urteile in Deutschland dargelegt, wobei sich die Verfasserin schwerpunktmäßig mit australischen Entscheidungen auseinandersetzt. Nachfolgend wird untersucht, unter welchen Voraussetzungen deutsche Urteile von australischen Gerichten anerkannt werden. Hierbei werden sowohl die Voraussetzungen der Anerkennung nach common law als auch nach dem (Cth) Foreign Judgments Act 1991 erläutert. Im fünften Teil erfolgt eine vergleichende Darstellung des deutschen und australischen Anerkennungs- und Vollstreckbarkeitsverfahrens. Des Weiteren werden in diesem Abschnitt die nach australischem Recht zur Verfügung stehenden Mittel des vorläufigen Rechtsschutzes untersucht. Ein Ausblick auf die Regelungen des Haager Gerichtsstandsübereinkommens von 2005 und die sich daraus für das australische Recht ergebenden Folgen schließen das Werk ab.

Schlagworte

- Australisches Rechtssystem
- Urteilsanerkennung
- Rechtsquellen im australischen Recht
- (Cth) Foreign Judgments (Reciprocal Enforcement) Act 1991
- FJA, Anerkennungsrecht in Deutschland
- Anerkennungsrecht in Australien
- Haager Übereinkommen über die Vereinbarung gerichtlicher Zuständigkeit
- Australisches Zivilprozessrecht

www.verlagdrkovac.de

BGH

Sitzungspolizeiliche Verfügung; Abweichen im Einzelfall
B. v. 27.04.2010 - 3 StR 32/10 -
NStZ 9/2010, 533

KG

Beweiswürdigung bei "Aussage gegen Aussage"
B. v. 11.12.2009 - 1 Ss 364/09 -
NStZ 9/2010, 533-534

LG Saarbrücken

Durchsuchung der Kanzleiräume eines Insolvenzverwalters
B. v. 02.02.2010 - 2 Qs 1/10 -
NStZ 9/2010, 534-535

LG Berlin

Notwendige Verteidigung, schwierige Sachlage
B. v. 11.05.2009 - 525 Qs 63/09 -
NStZ 9/2010, 536

AG Bonn

Anforderungen an wirksame Schweigepflichtentbindung; Vertrauensverhältnis zwischen Rechtsanwalt und individuell Ratsuchendem
B. v. 12.03.2010 - 51 GS 557/10 -
NStZ 9/2010, 536

Martin Niemöller

Zum exzessiven Gebrauch des Beweisanzugsrechts
JR 28/2010, 332-339

Frank Rose

Der Richtervorbehalt gemäß § 81a StPO im Fall von Blutprobenentnahmen wegen des Verdachts von Straßenverkehrtsdelikten: Entwicklung, aktuelle rechtliche sowie praktische Situation und Ausblick
SchlHA 6/2010, 157-163

Julia Stunz | Holger Fahl

Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen im Strafverfahren
SchlHA 6/2010, 164-167

Peter Salje

Rechtsweg bei Streitigkeiten aus Energielieferung,
NJW 38/2010, 2762-2767

OVG Magdeburg

Klage gegen Erlassbehörde wegen Nichterlasses eines Verwaltungsaktes
B. v. 07.01.2010 - 2 O 222/09 - (LS)
NJW 38/2010, 2827

Wolfgang Roth

Zwangsvollstreckung und unbekannter Erbe des Schuldners
NJW-Spezial 18/2010, 551

Reinhard Künzl

Entgeltrechtliche Aspekte der Wahrnehmung von Gerichtsterminen, (zugl. Anmerkung zu LAG Hamm, U. v. 02.12.2009 - 5 Sa 710/09 -)
ArbR 18/2010, 438-441

Jürgen Wolter (Hrsg.)

Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung (Mit GVG und EMRK) Band X

4., Aufl. Köln 2012
800 S., 218.00 €
Erscheinungstermin: Dezember 2012
ISBN 978-3-452-27387-1

www.heymanns.com

9. Privatrecht

Willibald Posch

ÖSTERREICH

Friederike Schwieren

Vorschau

Bürgerliches Recht VII. Internationales Privatrecht

5. Aufl., Wien 2010
180 S., 29.95 €
Erscheinungstermin: 01.10.2010
ISBN 978-3-7091-0067-7

In einem Binnenmarkt mit 27 Privatrechtsordnungen muss es ein funktionierendes Kollisionsrecht geben. Die Vereinheitlichung des Internationalen Privatrechts ist ein Gebot der Stunde. So werden nach den zwei Europäischen Verordnungen über das Internationale Schuldrecht, die 2009 in Geltung getreten sind, bald weitere Verordnungen, die das auf Unterhaltsforderungen und auf Scheidungen anwendbare Recht neu ordnen, an die Stelle autonomer nationaler Anknüpfungsregeln treten. Dieses Kurzlehrbuch bemüht sich um eine konzise Darstellung des sich wandelnden und stetig komplexer werdenden Internationalen Privatrechts und seiner Zusammenhänge mit dem Einheitsprivatrecht.

www.springer.at

Karl H. Gursky

20 Probleme aus dem Sachenrecht ohne Eigentümer-Besitzer-Verhältnis

7. Aufl., München 2010
117 S., 14.90 €
ISBN 978-3-8006-4041-6



www.vahlen.de

Michael Timme

Crashkurs BGB

Der sichere Weg durch die Prüfung

München 2010
145 S., 9.80 €
ISBN 978-3-406-60803-2



www.beck-shop.de

Die Kostenbelastung des Gläubigers bei der Räumungsvollstreckung

Möglichkeiten zur Kostensenkung
de lege lata
und verfassungsrechtliche Grenzen
der Kostenbelastung
unter dem Gesichtspunkt
effektiven Rechtsschutzes

Tübingen 2010
278 S., 69.00 €
ISBN 978-3-16-150315-3



Die hohen Kosten einer Räumungsvollstreckung stellen eine nicht zu unterschätzende Hürde für den vollstreckenden Gläubiger dar. Aus diesem Grund sind in der Praxis bereits mehrere Räumungsmodelle entwickelt worden, die durch eine Abweichung vom gesetzlich geregelten Räumungsverfahren zu einer Kostensenkung führen sollen. Friederike Schwieren untersucht diese Kostensenkungsmodelle hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem geltenden Recht sowie ihrer Praktikabilität für den Gläubiger. Insbesondere das in der Praxis weit verbreitete Berliner Modell wird einer kritischen Analyse unterzogen. Im Anschluss diskutiert die Autorin die verfassungsrechtlichen Grenzen einer Kostenbelastung des Räumungsgläubigers vor dem Hintergrund seines Anspruchs auf effektiven Rechtsschutz und unterbreitet einen Reformvorschlag für eine effektivere Räumungsvollstreckung de lege ferenda.

www.mohr.de

Karl N. Peifer

Schuldrecht Gesetzliche Schuldverhältnisse

2., Auflage, Baden-Baden 2010
335 S., 22.00 €
ISBN 978-3-8329-5522-9

www.nomos.de

Juristische Rundschau

Finger

§ 1378 Abs. 2 BGB - "dritter Stichtag und neues Güterrecht"

Busschel | Kroll-Schlüter

Rechtliche Aspekte des Affiliate-Marketings

Anton

Paradigmenwechsel in gutgläubigen Erwerb von Kunst – und Kulturgütern

Heinig

Neuregelungen bei den Vorschriften zum Widerrufs- und Rückgaberecht im BGB

Jooß

Reaktionsmöglichkeiten des Antragstellers bei teilweiser Erledigung der Hauptsache im Mahnverfahren

Peter Reetz | Thomas Wetzel
Martin Sohm

Kaufvertrags-, Werkvertrags- und Auftragsrecht Entwicklungen 2009

Bern 2010
Stämpfli Verlag
140 S., 37.00 €
ISBN 978-3-7272-8045-0

www.staempfliverlag.com

Christian Förster

Problematische Bürgschaftsverpflichtungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

WM 36/2010, 1677-1684

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

Frauke Brosius-Gersdorf

Demografischer Wandel und Familienförderung

Tübingen 2010
910 S., 140.00 €
ISBN 978-3-16-150391-7
Erscheinungstermin:
September 2010



Der demografische Wandel in Deutschland hat erhebliche Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. Er stellt u.a. die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme in Frage und schwächt die Volkswirtschaft. Vor diesem Hintergrund befasst sich Frauke Brosius-Gersdorf mit der Frage, ob der Staat durch Familienförderung gezielte Anreize für eine Erhöhung der Geburtenrate setzen darf und welche Steuerungsziele und -instrumente hierbei zum Einsatz kommen müssen. Dabei greift die Autorin über rechtswissenschaftliche Fragestellungen hinaus und zeigt unter Verwertung ökonomischer, sozial-, bevölkerungs-, und verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnisse, dass nur eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, in deren Mittelpunkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer steht, wirksame Impulse für die Geburt von mehr Kindern setzen kann. Auf der Grundlage ihrer Untersuchung entwickelt sie Reformvorschläge für ein neues System der Familienförderung und legt damit Grundlagen für ein öffentliches Familienrecht.

www.mohr.de

Uta Ehinger | Gerhard Griesche
Ingeborg Rasch

Handbuch Unterhaltsrecht

Ansprüche - Berechnung - Strategien -
Durchsetzung

6. Aufl., Köln 2010
800 S., 70.00 €
ISBN 978-3-504-47947-3

www.otto-schmidt.de

Yvonne Meier

Zwangsheirat

Rechtslage in der Schweiz
Rechtsvergleich mit Deutschland
und Österreich

Schriftenreihe zum Familienrecht, Bd. 16

Bern 2010
300 S., 49.40 €
ISBN 978-3-7272-2864-3



Was ist eine Zwangsverheiratung, welche Formen existieren und wer ist davon betroffen? Welche Präventions- und Interventionsmassnahmen zur Verhinderung von Zwangsheiraten bestehen bereits, welche Schutzmassnahmen sind zusätzlich erforderlich und welche Gesetzesreformen sind anzustreben?

Diese und ähnliche Fragen zur Rechtslage in der Schweiz sind Gegenstand des vorliegenden Bandes. Dabei stehen die massgebenden Gesetzesnormen des Privatrechts, des Internationalen Privatrechts, des Strafrechts und des Ausländerrechts im Mittelpunkt. Sodann werden die bisherige Entwicklung und die aktuelle Diskussion in der Gesetzgebung, welche zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über Massnahmen gegen Zwangsheiraten führte, aufgezeigt und analysiert. Ebenfalls werden die geltende Rechtslage, die bestehenden Schutzmassnahmen sowie die entsprechenden Reformbestrebungen in Deutschland und Österreich präsentiert und mit der Entwicklung in der Schweiz verglichen.

www.staempfliverlag.com

Christina Aman

Das neue Umgangsrecht

Kritische Bestandsaufnahme
aus Sicht der Frauen

Hamburg 2010
236 S., 49.50 €
ISBN 978-3-8366-9440-7

www.diplomica-verlag.de

SCHWEIZ

Hans Brox | Wolf D. Walker

Erbrecht

24. Aufl., München 2010
520 S., 25.00 €
ISBN 978-3-8006-4149-9
Erscheinungstermin: Oktober 2010

Dieses erfolgreiche Standardwerk erläutert die rechtlich oft schwierigen und praktisch bedeutsamen Fragen des Erbrechts. Die Darstellung will Lehrbuch, nicht Handbuch sein; deshalb sind Schwerpunkte gebildet worden. Ziel der vertieften Behandlung einzelner Problemkreise ist es, mit den spezifisch erbrechtlichen Interessenabwägungen vertraut zu machen. Dem dienen auch die jeweils vorangestellten kleinen Fälle, die das Verständnis wesentlich erleichtern.

Vorteile auf einen Blick

- klare, gut strukturierte Darstellung
- anschauliche Beispiele
- Prüfungsschemata

Für die Neuauflage wurde das Lehrbuch vollständig überarbeitet und den aktuellen Anforderungen angepasst. Das Erbrechtsreformgesetz ist vollständig eingearbeitet.

Inhalt

- Einführung in das Erbrecht
- Die gesetzliche Erbfolge
- Die gewillkürte Erbfolge
- Das Testament
- Pflichtteilsrecht
- Erbschaftsteuerrecht
- Erbschein

www.vahlen.de

BGH

Aufenthaltsbestimmungsrecht bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Auswanderungsabsicht des betreuenden Elternteils
B. v. 28.04.2010 - XII ZB 81/09 -
mit Anmerkung

Lore-Maria Peschel-Gutzeit

NJW 38/2010, 2805-2811

11. Verkehr | Transport | Reise

Hajo Busch | Gerhard Hole

Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG) Kommentar mit Materialien

Köln 2010
128 S., 19.80 €
ISBN 978-3-935064-63-7



Das Gefahrgutbeförderungsgesetz enthält Vorschriften über den sachlichen Geltungsbereich des Gesetzes, die wichtigen Definitionen für die Begriffe „Gefährliche Güter“ und „Beförderung“ sowie Vorschriften u.a. über

- allgemeine Ausnahmen für die Beförderung gefährlicher Güter;
- Sofortmaßnahmen, mit denen die Beförderung gefährlicher Güter untersagt oder nur unter Berücksichtigung von Nebenbestimmungen gestattet werden kann;
- Anhörung von Behörden, Verbänden und Sachverständigen vor dem Erlass von Rechtsverordnungen;
- behördliche Maßnahmen zur Beseitigung festgestellter oder zur Verhütung künftiger Verstöße;
- Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände
- Kosten für Amtshandlungen.

Der Kommentar bietet neben den Erläuterungen der Einzelvorschriften des GGBefG auch jeweils wichtige Auszüge aus den amtlichen Begründungen der Bundesregierung zum GGBefG und zu den Änderungsgesetzen sowie den Begründungen des Bundesrates. Ein ausführliches alphabetisches Stichwortverzeichnis erleichtert die Recherche. Damit ist er ein unverzichtbarer Helfer für die tägliche Praxis in Kanzleien, Gerichten, Verwaltungsbehörden sowie für Fachleute in den beim Gefahrguttransport beteiligten Unternehmen.

Aus dem Inhalt:

- Vorwort des Herausgebers
- Alphabitisches Stichwortverzeichnis

- Auszüge aus amtlichen Begründungen
- Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften des GGBefG

www.bundesanzeiger.de

Ansgar **Staudinger** | Dominik **Schürmann**

Die Entwicklung des Reiserechts in den Jahren 2009/2010. Pauschalreise-, Luftverkehrs-, Seebeförderungs-, Gastschulaufenthalts- und Reiseversicherungsrecht,

- Reisevermittler
- Preisanpassung
- Gewährleistungsrechte
- Informationspflichten
- Verkehrssicherungspflichten
- Obhuts- und Fürsorgepflichten
- Allgemeine Reisebedingungen
- Wettbewerbsrecht
- internationale Zuständigkeit
- AGB
- Reisevermittlung
- Rücktrittskostenversicherung
- Hinweispflichten für Versicherungen
- Hotelreservierungsvertrag
NJW 38/2010, 2771-2779

Peter **Dauer**

Ablehnung der Anerkennung ausländischer EU/EWR-Fahrerlaubnisse nur bei vorzeitiger Entziehung der Fahrerlaubnis?
NJW 38/2010, 2758-2762

OLG Köln

„Führerscheintourismus“; isolierte Fahrerlaubnissperre und Verschlechterungsverbot

B. v. 09.06.2010 - 2 Ws 361/10 -
NJW 38/2010, 2817-2818

OLG Stuttgart

„Führerscheintourismus“; 3. Führerscheinrichtlinie und gemeinschaftsrechtlicher Anerkennungsgrundsatz

B. v. 26.05.2010 - 2 Ss 269/10 -
NJW 38/2010, 2818-2820

VGH München

Anerkennung einer im EU-Ausland erteilten Fahrerlaubnis

B. v. 21.01.2010 - 10 S 2391/09 -
NJW 38/2010, 2821-2825

OLG Koblenz

Anerkennung einer im EU-Ausland erteilten Fahrerlaubnis

B. v. 17.02.2010 - 10 B 351/09 -
NJW 38/2010, 2825-2827

BayVGH

Keine Punkte-Tilgung nach Erreichen der 18-Punkte-Schwelle

B. v. 03.05.2010 - 11 CS 09.2446 -
RdW 17/2010, 551-552

Klaus **Himmelreich** | Wolfgang **Halm**

Überblick über neue Entscheidungen in Verkehrsstraf- und -bußgeldsachen. Überblick 01.04.2009 bis 31.03.2010

NStZ 9/2010, 492-501

OLG Köln

Ablösen behördlicher Aufkleber auf ausländischem Führerschein

B. v. 06.10.2009 - 81 Ss 43/09 -
NStZ 9/2010, 520-521

BGH

Kosten für den Ersatzflug bei Annullierung des ursprünglichen Fluges wegen Nebels

U. v. 25.03.2010 - Xa ZR 96/09 -
ZGS 9/2010, 425-429

ÖSTERREICH

Wolfgang Stock | Werner Hauser

Tourismusrecht

Wien 2010

96 S., 17.50 €
ISBN 978-3-7073-1720-6

Ohne Zweifel ist der Tourismus in Österreich ein überragender Wirtschaftsfaktor. Tourismusrecht ist daher ein praktisch sehr wichtiges Rechtsgebiet.

www.lindeverlag.at

12. Strafrecht und Nebengebiete

Vorschau der nächsten Ausgaben

NStZ

Aufsätze

Kröpil

Zur Erledigung des Klageerzwingungsverfahrens bei Wiederaufnahme staatsanwaltlicher Ermittlungen

Trück

Die revisionsrechtliche Einordnung der Rüge rechtsfehlerhafter Anwendung des Richtervorbehalts bei Durchsuchung und Blutprobenentnahme

Ebner | Müller

Zeugnisverweigerungsrecht gemäß § 52 StPO bei in der Bundesrepublik Deutschland geschlossener "Imam-Ehe"?

Krüger

Stalking in allen Instanzen – Kritische Bestandsaufnahme erster Entscheidungen zu § 238 StGB

Lange | Wagner

Fremdtötung oder Eigenverantwortung oder eigenverantwortliche Selbstschädigung?

Mandla

"Wesentliche Förderung" und "Verhandeln zur Sache" – Probleme des § 229 StPO

Hellwig | Zebisch

Pflichtverteidigung – Die Entpflichtung des Verteidigers wegen eines gestörten Vertrauensverhältnisses

Eckstein

Ist das "Surfen" im Internet strafbar?

Patzak | Goldhausen

Die aktuellen Wirkstoffgehalte von Cannabis

Klemme | Schubert

§ 266a StGB: Feststellung des sozialversicherungsrechtlichen Schadens ohne Buchführung – der juristische Ansatz auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht

Radtke

Konventionswidrigkeit des Vollzugs erstmaliger Sicherungsverwahrung nach Ablauf der früheren Höchstfrist?

Schwenkendiek

§ 116 StPO und Rechtskraft

Schlösser

Die Bestimmung des erlangten Etwas i.S.v. § 73 Abs. 1 S. 1 StGB bei in Folge von Straftaten abgeschlossenen gegenseitigen Verträge

Linke

Diversionsrichtlinien im Jugendstrafverfahren – Bundeseinheitliche Einstellungspraxis durch Verwaltungsvorschriften der Länder?

Willer

Die Onlineauktion unter falschem Namen und der Straftatbestand der Fälschung beweiserheblicher Daten i.S.d. § 269 StGB

Rechtsprechungsübersicht

Detter

Zum Strafzumessungs- und Maßregelrecht

Achenbach

Aus der 2009/2010 veröffentlichten Rechtsprechung zum Wirtschaftsstrafrecht

Anmerkungen

Kudlich

BGH, NStZ 2010, 451
Schwerer Raub durch eine lebensmittelgefährdende Behandlung

Renzikowski

BGH, NStZ 2010, 211
Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Behandlungsverhältnisses

Verrel | Linke

BGH, NStZ 2010, 445
Mittäterschaft bei terroristischen Gewalttaten; Strafklageverbrauch; nachträgliche Gesamtstrafe nach Gnadenerweis

OLG Hamm

Zur Notwehrbefugnis bei rechtswidrigem polizeilichen Handeln
B. v. 03.05.2009 - 3 Ss 180/09 -
mit Anmerkung: Till **Zimmermann**
JR 8/2010, 361-365

Henning **Janssen**

Verwertbarkeit von Foto- und Videoaufnahmen als Beweismittel im Bußgeldverfahren
SchlHA 7/2010, 190-191

Stephan **Beukelmann**

Die Untreue neuer Lesart, (Zugleich Anmerkung zu BVerfG, B. v. 23.06.2010 - 2 BvR 2559/08, 2 BvR 105/09, 2 BvR 491/09 -)
NJW-Spezial 18/2010,
568-569

Legal Tribune ONLINE

Job. Wissen. Leben.

Amoklauf von Winnenden

Der Kampf der Justiz mit dem Vater des Täters

Der Prozess gegen den Vater des Amokschützen von Winnenden begann mit einem rechtlichen Hinweis: Es komme auch eine Strafbarkeit wegen fahrlässiger Tötung in Betracht. Ein Hinweis, der in Anbetracht des bisherigen Verfahrensverlaufs kaum mehr überrascht. Was der Hinweis bedeutet, was bisher geschah – und vor allem warum.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1491/Der-Kampf-der-Justiz-mit-dem-Vater-des-Taeters/>

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

4. Rehm-Personalkongress
für den öffentlichen Dienst

Arm, alt und unattraktiv Kann sich der öffentliche Dienst selbst reformieren?

23.-24.11.2010, Düsseldorf

Unter diesem Motto werden aktuelle Entwicklungen, die aufgrund des demografischen Wandels erheblich an Bedeutung gewinnen, beleuchtet und diskutiert.

Interessante Vorträge, Studienergebnisse und Good-Practice-Beispiele machen Mut und zeigen neue Wege zu einem effizienten Personalmanagement trotz knapper Ressourcen. Und sie erläutern Möglichkeiten, wie Sie mit modernem Personal- und Organisationsmanagement den Wandel aktiv gestalten können!

- Demographischer Wandel ist auch im öffentlichen Dienst beherrschbar – So geht 's!
 - Ungenutztes Potenzial der Mitarbeiter wecken – Die Instrumente sind da!
 - Der Personaler der Zukunft – So finde ich das Multitalent!
 - Mut zu ungewöhnlichen Maßnahmen – Die Praxis belohnt den innovativen Weg!
- Programm:
- Chancen des Schrumpfens?
 - Mögliche negative Folgen des demografischen Wandels
 - Politische Steuerungsmöglichkeiten
 - Positive Aspekte des demografischen Wandels
 - Warum fällt es so schwer, anders als in Katastrophenszenarios über den demografischen Wandel nachzudenken?
 - Abschied von der Frühverrentung Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in der betrieblichen Praxis
 - Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen und Herausforderungen des demografischen Wandels in Europa
 - Betriebliche Handlungsstrategien gegen den Fachkräftemangel
 - Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Generation 50 Plus
 - Abschied von der Frühverrentung als Basis einer konstruktiven und produktiven Werthaltung zum Alter
 - Betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten zum Erhalt der Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit alternder Belegschaften
 - Demographieorientierte Personalpolitik im öffentlichen Dienst – eine Studie. Und nun? Ziele und Vorgehen der Untersuchung
 - Welche Anforderungen stellt der demographische Wandel an die Beschäftigten und die Organisation?
 - Was wird getan, um der demographischen Herausforderung zu begegnen? Was muss (noch) getan werden?
 - Leistungsfähige Mitarbeiter/-innen: Betriebliches Gesundheitsmanagement – Erfahrungen aus der Praxis
 - Betriebliches Eingliederungsmanagement
 - Betriebliches Gesundheitsmanagement.
 - Coaching im Öffentlichen Dienst: Nachhaltiges Instrument zur Steigerung der Leistungsfähigkeit von Führungskräften
 - Coaching als arbeitsplatznahes und effizientes Fortbildungs- und PE-Format – eine Investition, die sich auszahlt
 - Voraussetzungen für den Erfolg, oder: Nicht jedes „Coaching“ ist Coaching
 - Coaching – ein Angebot für die Potenzial- und Leistungsträger des Unternehmens
 - Mit Coaching zu einer neuen Führungskultur
 - Das Coaching-Konzept der Landeshauptstadt München.
 - Jugendliche mit Migrationshintergrund als Zielgruppe des Personal-Recruitings: Potenziale erkennen, nutzen und fördern.
 - Leistungsstarke Kommunen im internen und externen demografischen Wandel Strategische Ausrichtung auf eine multi-kulturelle/multi-ethnische Bevölkerung
 - Schlüsselqualifikation „Interkulturelle Kompetenz“
 - Interkulturelles Personal- und Organisationsmanagement
 - Handlungsfelder – Praxisbeispiele: Werbung, Auswahl, Qualifizierung, Einsatzfelder.
 - Der neue Personaler-Typus – Ein Allrounder
 - Ausbildungswege, die in der Vergangenheit in das Personalmanagement führten
 - Anforderungen an eine Personalerin/ einen Personaler im 21. Jahrhundert
 - Interdisziplinarität als Schlüssel für die Zukunft der Personaler
 - Beispiel: Der interdisziplinäre Bachelor-Studiengang:
 - „Recht, Personalmanagement und -psychologie“ der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel.
 - Vom Personalamt zum HR-Management – Herausforderungen für den öffentlichen Dienst und der Beitrag der Personal- und Organisationsarbeit zum Wandel
 - Herausforderungen für den öffentlichen Dienst: Warum wir uns verändern müssen
 - Aufgaben der Personal- und Organisationsarbeit beim Management von Veränderungsprozessen
 - Instrumente der Personal- und Organisationsarbeit im öffentlichen Dienst
 - Wie wir uns verändern können: Von verwaltenden zu gestaltenden Aufgaben Personal- und Organisationsarbeit als Partner der Führungskräfte.
 - Von der Produktkritik bis zum Personaleinsatzmanagement: Handlungsfelder innovativer
 - Personal- und Organisationsarbeit unter Konsolidierungsdruck am Beispiel der Stadt Solingen
 - Produktkritik: Ein Konzept mit begrenzten Ressourcen pragmatisch umsetzen
 - Erfolgskritisch: Wie motiviere ich Mitarbeiter zur Mitarbeit?
 - Personaleinsatzmanagement: Die Früchte der Produktkritik ernten
 - Der Spagat: Personalabbau und

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

- Demographie – Neue Handlungsfelder für die Personalentwicklung.
- attraktiven Ausrichtung einer kreisangehörigen Stadt im Nothaushalt – Weshalb Haushaltskonsolidierung und Investitionen in Führungsqualität sich nicht widersprechen (müssen)
- Über ein strategisches Gesamtziel-system zum Produkt- und Mitarbeiterziel
- Die Unterstützung zur Umsetzung des Zielsystems und der Verwaltungsmodernisierung durch eine leistungsorientierte Bezahlung
- Produktkritik als Methode der Haushaltskonsolidierung
- Investition in die personale Zukunft: Führungskräfteentwicklung.
- Mit kreativen Sparideen und Bürgersinn zum Erfolg: Wie wir mit weniger Personal zu nachhaltigen öffentlichen Dienstleistungen kommen
- Du kannst nur das Geld ausgeben, was Du auch einnimmst! Den drei K's eine neue Bedeutung geben: Klarheit, Kreativität und Konsequenz sind die Wegbegleiter zum Erfolg
- Die Mitarbeiterschaft ist Botschafter des Dienstleistungsgedankens der Verwaltung und Zukunftsmacher der Stadt
- Wenig Personal, aber gut bezahlt und hochqualifiziert: Jede nicht eingerichtete Planstelle ist bares Geld!

www.rehmet.de/personalkongress

Karl H. Thume

Handbuch des gesamten Außendienstrechts

Band 1: Das Recht des Handelsvertreters

4. Aufl.
Frankfurt am Main 2010
910 S.
150.00 €
ISBN 978-3-8005-1479-3
Erscheinungstermin: Oktober 2010



www.ruw.de

Reinold Mittag | Edzard Ockenga
Karlheinz Schierle | Reinhard U. Vorbau
Klaus Westermann | Hans M. Wischnath

Aspekte der Beendigung von Arbeitsverhältnissen

Jahrbuch des Rechtsschutzes 2010

Baden-Baden 2010
363 S.
39.00 €
ISBN 978-3-8329-5724-7



Arbeitnehmerrechte stehen nicht nur auf dem Papier. Sie müssen rechtlich erkannt, den Arbeitnehmern vermittelt und in der betrieblichen wie gerichtlichen Praxis umgesetzt werden. Das neue Jahrbuch des Rechtsschutzes geht dabei auf unterschiedliche rechtliche Facetten der Beendigung von Arbeitsverhältnissen ein. Von der Abmahnung über unterschiedlich begründete Kündigungen bis zum Zeugnis, sozialrechtliche Aspekte wie die Auswirkung auf Arbeitslosengeld und Grundsicherung nach dem SGB II bis zu verfahrensrechtlichen Fragen reicht das Spektrum der Beiträge.

Die Aufsätze des Jahrbuchs gehen auf ausgewählte rechtliche Fragestellungen ein. Sie sind im wesentlichen gespeist aus langjährigen und umfangreichen Erfahrungen der Autorinnen und Autoren in ihrer Tätigkeit als Prozessvertreter und Rechtsberater. Sie wissen, welche Fragestellungen in der täglichen Praxis von Bedeutung sind. Dabei werden aber auch rechtliche wie politische Rahmenbedingungen nicht ausgeklammert. Von der Lektüre des Jahrbuchs profitieren so Betriebs- und Personalräte wie Juristinnen und Juristen von der langjährigen Praxis der DGB Rechtsschutz GmbH.

www.nomos.de

Felix Oelkers
Anspruch auf Teilzeitarbeit
NJW-Spezial 18/2010, 562-563

In den nächsten Heften von

RECHT DER ARBEIT

Martin Franzen
Arbeitnehmerdatenschutz - rechts-politische Perspektiven

Angie Genenger
Die beschränkte Reichweite der einheitlichen Klagefrist des § 4 S. 1 KSchG

Thorsten Keiser
Die Herabsetzung von Managergehältern in der Krise als Organpflicht des Aufsichtsrats

Lena Rudkowski
Tarifpluralitäten und ihre Auflösung im spanischen Arbeitsrecht

Elmar Schnitker | Ulrich Sittard
Ist das Beitragssystem zum Pensions-Sicherungs-Verein noch verfassungsgemäß?

Sebastian Verstege
Neues zur "überflüssigen" Änderungskündigung

Peter Hanau
BAG, Tarifverträge über die Organisation der Betriebsverfassung

Stefan Lunk
Die Verdachtskündigung: Eine Rechtsfigur vor dem Aus? Zugleich eine Übersicht über die aktuelle Rechtsprechung,
NJW 38/2010, 2753-2758

Anno Hamacher (Hrsg.)
Antragslexikon Arbeitsrecht, München 2010. ISBN 978-3-406-59381-9
Rezension Ulrich Fischer
NJW 38/2010, 2781-2782

Polina Bozhilova | Stelios Tonikidis
Der Arbeitnehmer als Verbraucher i. S. d. § 13 BGB
<http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/13-2010/index.html>

14. Sozialrecht

Jürgen Brand (Hrsg.)

Praxis des Sozialrechts

2. Aufl., München 2010
320 S., 40.00 €
Erscheinungstermin: Januar 2011
ISBN 978-3-406-60697-7

Dieses Werk behandelt knapp und verständlich alle für die Praxis wichtigen Themengebiete des Sozialrechts. Aufgezeigt werden dabei insbesondere die wichtigen Bezüge zu anderen Rechtsgebieten, etwa zum Arbeitsrecht (Sperrzeit, Abfindungsanrechnung, Minderung des Leistungsanspruchs usw.), Familienrecht (sozialrechtliche Fragen bei Trennung und Scheidung), Insolvenzrecht (sozialrechtliche Implikationen im Insolvenzfall) oder dem Steuer- und Gesellschaftsrecht. Darüber hinaus behandelt die Darstellung auch alle wichtigen "klassischen" sozialrechtlichen Themengebiete, wie u.a.:

- Leistungsrecht
- Recht der Gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung
- Gesetzliche Unfallversicherung
- Eltern- und Kindergeld
- Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
- Verfahrensrecht.

Vorteile auf einen Blick

- zahlreiche Praxistipps, Mustertexte, Checklisten und Beispiele
- mit wichtigen Bezüge des Sozialrechts zu anderen Rechtsgebieten
- mit Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Neuauflage behandelt bereits das richtungweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Regelleistungen nach dem SGB II. Dabei werden die Konsequenzen dieses Urteils auch für andere Gebiete des Sozialrechts aufgezeigt. Natürlich wird zudem das Werk auf den aktuellen Stand in Gesetzgebung und Rechtsprechung gebracht.

www.beck-shop.de

Utz Kraher (Hrsg.)

Sozialdatenschutz nach SGB I und X

3. Aufl., Köln 2010
350 S., 49.00 €
Erscheinungstermin 10.2010
ISBN 978-3-472-07865-4



Der praxisorientierte Kommentar macht die Datenschutzregelungen des SGB I und SGB X unabhängig von Großkommentaren und Loseblattwerken auf verständliche Weise zugänglich. Der Herausgeber und die übrigen Autoren haben sowohl in die ausführliche Einführung als auch in die Kommentierung eine Vielzahl von Schaubildern eingefügt, die das Verständnis und die Handhabung der komplizierten Materie wesentlich erleichtern.

www.wolterskluwer.de

Axel Kokemoor

Sozialrecht

3. Aufl., München 2010
204 S., 19.80 €
ISBN 978-3-8006-4069-0

Vorteile

- klare, gut strukturierte Darstellung
- anschauliche Beispiele

"Lernen im Dialog" ist das von Rainer Wörten begründete Erfolgsrezept, dem sich Kokemoor angeschlossen hat. Der Rechtsstoff wird nicht in einem vortragsähnlichen Monolog, sondern behutsam in Form eines Lehrgesprächs nahegebracht. Viele Fragen regen fortwährend zum Mit- und Nachdenken an. Ein frischer Stil und verständliche Formulierungen fördern die Konzentration. Zahlreiche Schaubilder und Übersichten verdeutlichen die Zusammenhänge. So macht Lernen Spaß!

Dieses Buch bietet eine sehr gute Arbeitsgrundlage für den Einstieg in das Sozialrecht. Der inhaltliche Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den grundsätzlichen

Regelungen des Sozial- und Sozialverwaltungswirtschafts sowie auf dem Sozialversicherungsrecht.

Die neu bearbeitete und ergänzte Auflage berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung und Literatur bis Ende Juni 2010.

www.vahlen.de

Jürgen Brand

Mein Anspruch auf Hartz IV und Arbeitslosengeld II

3. Aufl., Freiburg im Breisgau 2010
192 S., 12.90 €
ISBN 978-3-648-00344-2

Hartz IV und Arbeitslosengeld II: Das kann jeden treffen! Dieser Ratgeber gibt Ihnen leicht verständliche Antworten auf alle Fragen – wer Anspruch hat, welche Folgen Pflichtverstöße haben und wie Sie sich gegen den Entscheid wehren können. Sie möchten Hartz IV beantragen, doch ab wann steht es Ihnen zu und was müssen Sie in Ihrem Antrag beachten? Hier werden alle Ihre Fragen beantwortet.

Inhalte

- Wann Sie Arbeitslosengeld II und wann Hartz IV bekommen.
- Welche Rechte und Pflichten Sie als Empfänger haben.
- Welche Leistungen Sie erwarten können.
- Wie Vermögen und Einkommen angerechnet werden.
- Welche Arbeit als zumutbar gilt.
- NEU: Mit allen gesetzlichen Änderungen und den den neuen Regelsätzen.

www.haufe.de

15. Wirtschaftsrecht

Harald Bartl | Angela Bartl
Helmar Fichtelmann

GmbH-Recht

6. Aufl., Heidelberg 2009
1345 S., 138,00 €
ISBN 978-3-8114-3520-9

Die Neuauflage des Kommentars wird durch die Reform des GmbH-Rechts durch das MoMiG gepägt.

Das Werk befasst sich mit

- der Unternehmergesellschaft
- der Gründung mit Musterprotokoll
- der Beschleunigung der Registereintragung
- den Änderungen bei der Kapitalaufbringung und -erhaltung
- der Neuregelung des Eigenkapitalersatzrechts
- dem gutgläubigen Erwerb von Anteilen
- der Verlegung des Verwaltungssitzes ins Ausland
- der Sicherung des Cash-Pooling
- der Geschäftsführerhaftung
- und der Vermeidung von Missbrauchsfällen bei Beendigung der Gesellschaft

Der Heidelberger Kommentar erläutert die neue Rechtslage praxisnah und präzise unter Berücksichtigung der Leitentscheidungen des Bundesgerichtshofs und der Oberlandesgerichte und liefert eine systematische und klar strukturierte Kommentierung des GmbH-Gesetzes. Eigene Kapitel erläutern das Konzernrecht und die Besteuerung der GmbH von der Gründung bis zur Auflösung. Dem Praktiker liefert das Werk wertvolle Unterstützung durch den Abdruck wesentlicher Bestimmungen (u.a. UmwG, PartG, HGB, AktG, MitbestG, HRV).

Geschäftsführer, Notare und Registergerichte profitieren von den Formularen und Mustern. Schritt für Schritt wird der Weg der GmbH von der Gründung bis zur Auflösung wiedergegeben - einschließlich der Eintragungsverfügungen und Eintragung in das elektronische Handelsregister sowie

der Bekanntmachungen im elektronischen Bundesanzeiger.

www.cfmueeller-verlag.de

Michael Beurskens

Gesellschaftsrecht

Stuttgart 2010
150 S., 18,00 €
Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-17-021279-4



Schwerpunkt des Buches sind die praktisch bedeutsamen Rechtsformen für Unternehmen (inbes. GmbH, AG, OHG, KG) sowie BGB-Gesellschaft und Verein. Schließlich werden die für Studenten und Praktiker erforderlichen Kenntnisse bzgl. des Kaufmannsbegriffs, des Handelsregisters und der Handelsfirma behandelt. Für jede Rechtsform werden jeweils Gründung, Innenverhältnis der Gesellschafter zueinander und zur Gesellschaft sowie das Außenverhältnis der Gesellschaft gegenüber Dritten dargestellt. Die beiliegende CD enthält weiterführende Informationen, einen Multiple-Choice-Test, interaktive Fälle, sämtliche zitierten Gesetzestexte, Urteile, Schaubilder und eine Hörfassung (MP3) des Buchinhalts.

www.kohlhammer.de

Christoph G. Paulus

Europäische Insolvenzverordnung

Schriftenreihe Recht der Internationalen
Wirtschaft /RIW-Buch
3. Aufl., Frankfurt am Main 2010
340 S.
ISBN 978-3-8005-1517-2

Das internationale Insolvenzrecht gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Die Zahl entsprechender Fälle steigt beständig, einige besonders spektakuläre Fälle haben in letzter Zeit erhöhte Aufmerksamkeit bei den Insolvenzrechtlern erregt.

Dieser Kommentar enthält zusätzlich zu der üblichen kommentarmäßigen Einzelerörterung der Verordnungartikel eine allgemeine Einführung in die Thematik. Das Werk ist praxisnah und bietet grenzüberschreitende Lösungsvorschläge. Dafür bürgt der Autor mit großer internationaler Kompetenz.

Entstanden ist eine unverzichtbare Informationsquelle für alle Insolvenzpraktiker sowie für Studenten, die sich mit dem europäischem Insolvenzrecht beschäftigen.

www.ruw.de

In den nächsten Heften der

NZI

Seidel | Hinderer

Haftung des Insolvenzverwalters bei Masseunzulänglichkeit

Niesert | Hohler

Übertragende Sanierung vor Insolvenzantragstellung unter besonderer Berücksichtigung gesellschafts- und insolvenzrechtlicher Aspekte

Frind

Das "zahnlose" Insolvenzgericht? Rechtsprechung und Realität der insolvenzgerichtlichen Ermittlungs- und Zwangsmittel - eine Bestandsaufnahme

Daniel Kunz

Verbraucherschutz beim Internethandel in der Europäischen Union

Status quo und Weiterentwicklung

Frankfurt am Main 2010
228 S., 49,80 €
ISBN 978-3-631-59885-6

www.peterlang.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Friederike Schäffler

Produktinformationen durch Hersteller als öffentlich-rechtliches Verbraucherschutzinstrument

Am Beispiel des § 5 Abs. 1 Ziff. 1 a GPSG

Studien zum Verwaltungsrecht, Bd. 39

Hamburg 2010
232 S., 78.00 €
ISBN 978-3-8300-5355-2
Erscheinungstermin: September 2010

Zahlreiche Gesetze enthalten heute Verpflichtungen, die vom Anwendungsbereich des jeweiligen Gesetzes erfassten Produkte zu kennzeichnen, über ihre Wirkung zu informieren, die Funktion oder Zusammensetzung des Produkts zu erläutern oder vor denkbaren Produktgefahren zu warnen. Zu den auch im Bewusstsein der Verbraucher bekannten Vorreitern gehören vor allem das Lebensmittel-, Arzneimittel- oder Textilkennzeichnungsrecht. Dagegen hat das Produktsicherheitsrecht – trotz seiner großen Bedeutung für die Praxis – in der juristischen Literatur nur wenig Bedeutung erfahren.

Vor diesem Hintergrund befasst sich die Studie mit Produktinformationen durch Hersteller als Verbraucherschutzinstrument des öffentlichen Rechts unter besonderer Berücksichtigung des GPSG.

Nach einer einleitenden Darstellung des Zwecks von Informationspflichten, erfolgt ein Überblick über die Entwicklung des Produktsicherheitsrechts sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Ausgehend hiervon beleuchtet die Verfasserin Informationspflichten im Zusammenhang mit der Warenverkehrsfreiheit. Schwerpunkt des Buches ist die Darstellung der einzelnen Tatbestandsmerkmale des § 5 Abs. 1 Ziffer 1 a) GPSG. Herausgearbeitet werden insbesondere der Verbraucherbegriff und das Verbraucherleitbild des GPSG.

Das Werk schließt mit einer Darstellung der mit der Missachtung der Informa-

tionspflicht verbundenen Rechtsfolgen. Angesprochen werden zum einen die denkbaren Sanktionen durch Bußgelder, zum anderen der Zusammenhang zur zivilrechtlichen Haftung infolge der Verletzung der Informationspflicht.

www.verlagdrkovac.de

Jan **Dreyer** | Ulrich **Barti**
Preishöhenkontrolle bei Wasserlieferung:
Wasserpreise Wetzlar, (Anmerkung zu
BGH, B. v. 02.02.2010 - KVR 66/08 -)
NJW 35/2010, 2553-2554

Malte **Müller-Wrede** (Hrsg.)
GWB-Vergaberecht. Kommentar, Köln
2009. ISBN 978-3-452-26889-0
Rezension: Walter **Frenz**
NJW 35/2010, 2562

EuGH
EuGH entscheidet zum Grundsatz der
Verhältnismäßigkeit im Rahmen von Art. 9
VO 1/2003; Kommission ./ Alrosa
U. v. 29.06.2010 - Rs. C-441/07 P -
NZG 23/2010, 900

BKartA
Weiteres Bußgeldverfahren des Bundes-
kartellamts wegen vertikaler Preisbindung
Entsch. v. 18.06.2010 - B 5-100/09 -
NZG 23/2010, 900

Stephan **Bredt**
Das Verfahren der Regulierungsverwal-
tung zwischen Vertragsautonomie und
Wettbewerbsförderung
DÖV 10/2010, 430-439

Markus A. **Mayer**
Der Versandhandel mit Computer- und
Konsolenspielen ohne Jugendfreigabe aus
wettbewerbsrechtlicher Sicht, (Aufsatz
Online)
NJW 38/2010, 2767-2768

Hajo M. Holtz

Die AGB-Kontrolle im Wettbewerbsrecht

Zugleich ein Beitrag zum Verhältnis
von UWG und dem Recht
der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Fundamenta Juridica, Bd. 61

Baden-Baden 2010
222 S., 58.00 €
ISBN 978-3-8329-5765-0



Die Frage, ob der Verwender inhaltlich unwirksamer AGB von Mitbewerbern auf der Grundlage des UWG auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann, ist umstritten und höchstrichterlich noch nicht entschieden. Aufgrund divergierender obergerichtlicher Rechtsprechung existiert keine bundeseinheitliche Handhabung dieser Frage.

www.nomos.de

Legal Tribune ONLINE
Job. Wissen. Leben.

Kartellrechtliche Durchsuchungen Inhouse-Juristen weiter ohne Anwaltsprivileg

Ernüchternde Nachricht für Rechtsabteilungen: Bei kartellrechtlichen Durchsuchungen darf die unternehmensinterne Kommunikation auch künftig beschlagnahmt werden. Eine dagegen gerichtete Klage ist jetzt endgültig gescheitert. Der EuGH entschied am Dienstag, dass der interne Schriftverkehr mit einem Syndikusanwalt nicht wie der mit einem externen Rechtsanwalt geschützt ist.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1494/Inhouse-Juristen-weiter-ohne-Anwaltsprivileg/>

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Alexander J. Wurzer | Dieter F. Reinhardt

Evaluation of Patents

Köln 2010
600 S., 178.00 €
ISBN 978-3-452-26818-1
Erscheinungstermin:
November 2010



The valuation of industrial property rights is extremely complex due to the overlapping of legal, technical and economical aspects. This book gives guidance to practitioners in preparing and implementing meaningful patent valuations. This work provides a clear and practice-oriented depiction of the various valuation methods and gives a systematical introduction to these methods. Each step of the valuation process is thoroughly detailed and describes by use of practical examples, numerous illustrations and diagrams.

The reader is provided an overall view of all aspects of the valuation methods, approaches and specifically, considerations of the practice relevant applications. The explanations and examples in this book allow the reader to independently solve valuation tasks which occur in practice. According to the international accounting rules of the IFRS, companies are allowed to determine the value of their patents.

This is only one of many reasons why companies ascertain the value of their patents. This book has been structured in modular form in order to make this very complex matter more understandable. Each section deals with the basics of value determination and the tools used to calculate tangible value. A central topic of this book is found in the "Valuation Methods" section in which the steps of value determination are systematically described beginning with an analysis of the surrounding circumstances to the formulation of the valuation report. In another part, concrete examples are illustrated from beginning to end.

The illustrations are very graphic. The numerous diagrams and images

accompanying the lines of thought allow for easy comprehension.

The book is an excellent basis for practitioners in patent departments, patent attorneys, lawyers and consultants. Students find a sound entry to the topic and get a quick overall view. This book also addresses accountants, bankers and analysts as well as relevant experts.

www.heymanns.com

Axel Metzger | Jürgen Basedow
Toshiyuki Kono (Hrsg.)

Intellectual Property in the Global Arena

Jurisdiction, Applicable Law,
and the Recognition of Judgments
in Europe, Japan and the US

Materialien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Tübingen 2010
420 S., 85.00 €
ISBN 978-3-16-150444-0



The private international law of intellectual property is currently much debated both in Europe and abroad. Art. 8 of the Rome II Regulation of 2007, which codifies a territorial approach for the infringement of intellectual property, has provoked an intensive discussion in Europe as to whether the *lex loci protectionis* is still appropriate in the age of worldwide networks. A condensed outcome of this debate is summarized in the CLIP Principles drafted by the European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property. On an international scale, the American Law Institute's "Intellectual Property: Principles Governing Jurisdiction, Choice of Law, and Judgments in Transnational Disputes" of 2007 (ALI Principles) are the focal point of the debate. A Japanese project ("Transparency proposal") was finalized in 2009. This volume provides a comparative analysis of the three proposals.

www.mohr.de

Theo Bodewig

Patentrechtskommentar

PatG, GebrMG, IntPatÜG, PCT und EPÜ
mit Nebenvorschriften

4.Aufl., München 2010
3000 S., 278.00 €
Erscheinungstermin: November 2010
ISBN 978-3-8006-3591-7

Vorteile

- umfassend
- international ausgerichtet
- Darstellung durch Angehörige aller patentrechtlich relevanten Berufe

Die Besonderheit des Werkes besteht darin, dass es das gesamte Patent- und Gebrauchsmusterrecht abbildet, also neben dem deutschen PatG und GebrMG vor allem den Patentrechtszusammenarbeitsvertrag (PCT) und das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ), letzteres ohne die internen institutionellen Vorschriften. Auch angrenzende Sondermaterien wie das Patentrechtsanwaltsrecht, das Arbeitnehmererfindungs- und Sortenschutzrecht sowie auf europäischer Ebene das Recht der ergänzenden Schutzzertifikate werden mitbehandelt. An Qualität und Praxisnähe der Darstellungen wurden hohe Anforderungen gestellt. So bietet z.B. die Vorbemerkung zu den §§ 139 ff. PatG eine Einführung zum Patentrechtsverletzungsverfahren, deren Gründlichkeit und Niveau dem einer eigenen Monographie entspricht.

Es handelt sich um eine vollständige Neubearbeitung, die an die Voraufgabe in vorwiegend konzeptioneller Hinsicht und in manchen Grundgedanken anknüpft.

www.vahlen.de

OLG Hamburg
Urheberrechtswidrige Veröffentlichung
eines Kartenausschnitts
B. v. 08.02.2010 - 5 W 5/10 -
Mit Anmerkung Katrin Stadler
ITRB 9/2010, 203-204

18. Steuerrecht

Fachinstitut der Steuerberater e.V.

29. Kölner Steuerkonferenz 27.09.2010, Köln

"Unternehmensbesteuerung 2010/2011"
Neue und geplante Erlasse und Erkenntnisse

Programm

1. Einbringung in Kapitalgesellschaften
2. Die Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung von Kapitalgesellschaften
3. Internationale Aspekte der Umstrukturierung von Unternehmen
4. Umstrukturierungen bei Personengesellschaften (§§ 6 V EStG, 24 UmwStG)
5. Grunderwerbsteuer zwischen Nahestehenden, insbesondere im Konzern

www.fachinstitut-der-steuerberater.de

Alexander **Ralf**

Neuer Erfindergeist: Wichtige Änderungen beim Arbeitnehmererfindungsrecht
ArbR 18/2010, 441-444

Rudolf Nirk

Geschmacksmusterrecht, Urheberrecht, Designlaw, (SR: Start ins Rechtsgebiet), Heidelberg 2010.

ISBN 978-3-8114-9646-1

Rezension Joachim v. **Ungern-Sternberg**
NJW 38/2010, 2781

Helmut **Bersch**

"Steuersünder". Der Begriff des "Sünder" im Zusammenhang von Steuerhinterziehungen deutet als religiöses Sprachrelikt im säkularen Staat auf eine Perspektive zur Konfliktlösung durch "Reue" und "Buße",

PolMei 6/2010, 68

Ralf Birnbaum

Die Begünstigung unternehmerischen Vermögens durch das Erbschaftsteuerreformgesetz

Nomos Universitätsschriften Recht,
Bd. 684

Baden-Baden 2010

243 S., 64.00 €

ISBN 978-3-8329-5671-4



Der Verfasser führt der aktuellen Diskussion um die Erbschaftsteuerreform neue dogmatische Substanz zu. Gegenstand der Arbeit ist die Darstellung der Begünstigung unternehmerischen Vermögens durch das Erbschaftsteuerreformgesetz vom 24.12.2008, die Klärung von Zweifelsfragen bei dessen Anwendung sowie die Vereinbarkeit mit Grundgesetz und Europarecht. Handlungsalternativen des Gesetzgebers und Gestaltungsmöglichkeiten des Steuerpflichtigen werden aufgezeigt.

www.nomos.de

Ursula Niemann | Manfred Günkell
Detlev Piltz (Hrsg.)

Steuerberater-Jahrbuch 2009/2010

Köln 2010

ca. 420 S., 80.00 €

Erscheinungstermin: Mai 2010

ISBN 978-3-504-62655-6

www.otto-schmidt.de

Vera de Hesselle

Das deutsche Steuerrecht

Troisdorf 2010

120 S., 19.80 €

Kompaktwissen für die Praxis

ISBN 978-3-941388-11-6

www.vprm.de

Heide Veronika Bauersfeld

Die Verbandslast

ein Beitrag zur Dogmatik
der nichtsteuerlichen Abgaben
unter besonderer Berücksichtigung
der Sonderabgaben im engeren Sinne

Schriften zum Kammer- und Berufsrecht,
Bd. 10

Baden-Baden 2010

174 S., 46.00 €

ISBN 978-3-8329-5344-7



Verbandslasten, also Beiträge zu berufständischen Kammern, können zum einen die Betroffenen erheblich belasten, sind zum anderen aber gerade das tragende Finanzierungsinstrument der Kammern. Sie sind schon seit jeher Gegenstand von verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen, welchen die Literatur ebenfalls seit jeher mit erheblichem Widerstand begegnet. Allerdings ist die Frage der Abgabebemessung bisher nie eingehend untersucht worden. Dies mag die vorliegende Arbeit klären, welche die Frage der Rechtmäßigkeit der Verbandslast zum Gegenstand hat. Von einer kurzen Darstellung der einfachen Rechtslage ausgehend bedarf zunächst die verfassungsrechtliche Würdigung der Verbandslast der ausführlichen Betrachtung. Die Suche nach einem verfassungskonformen Abgabebemessungssystem ist dabei wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit.

Die hier angesprochenen Parallelen zum Recht der Sonderabgaben vermögen insofern ein bisher völlig unerforschtes Feld zu beleuchten. Im Hinblick auf die Vielzahl europarechtlich geprägter verwaltungsgerichtlicher Verfahren wird im Anschluss sowohl die Pflichtmitgliedschaft als auch die Verbandslast selbst einer abschließenden europarechtlichen Würdigung zugeführt.

www.nomos.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

Nicole Hellmich

Kooperation statt Konfrontation als Alternative bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität

Plädoyer für eine Selbstanzeigeregelung
im Umweltstrafrecht

Wissenschaftliche Beiträge aus dem
Tectum Verlag: Rechtswissenschaften,
Band 24

384 S., 29,90 €
ISBN 978-3-8288-9762-5



Saurer Regen, sterbende Wälder und verschmutzte Flüsse zwangen den Gesetzgeber Ende der 1970er-Jahre zum Handeln. 1980 wurde das Strafgesetzbuch um einen eigenen Abschnitt „Straftaten gegen die Umwelt“ ergänzt. Seit dieser Zeit sieht sich das deutsche Umweltstrafrecht anhaltend harscher Kritik ausgesetzt. So wurde insbesondere in den 80er- und frühen 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Wirksamkeit des „neuen“ Umweltstrafrechts vielfach in Zweifel gezogen. Das – jedenfalls auf dem Papier – schärfste und umfassendste Umweltstrafrecht der Welt habe sich in der Praxis als stumpfes Schwert erwiesen. Insbesondere die schwere Entdeckbarkeit der überwiegend „opferlosen“ Delikte sowie die verwaltungsakzessorische Ausgestaltung der Umweltstrafnormen und die dadurch erzwungene Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden haben die Strafverfolgungsbehörden vor Probleme gestellt, die weithin unter dem Aufhänger „Vollzugsdefizit des Umweltstrafrechts“ diskutiert wurden. Die zunehmend sichtbaren Folgen des Klimawandels und der wirtschaftliche Druck durch globale Konzentrationsprozesse machen ein strafbewehrtes lenkendes Eingreifen des Staates auch dann unverzichtbar, wenn Umweltschutz als Kostenfaktor wenig populär erscheint.

Es ist daher an der Zeit, die Frage nach den Möglichkeiten eines effektiven Umweltschutzes durch das Strafrecht erneut aufzuwerfen und gegebenenfalls nach neuen Wegen einer

wirkungsvolleren Umweltstrafverfolgung zu suchen. Nicole Hellmich macht Vorschläge, wie Verwaltungsbehörden und Strafverfolgungsbehörden künftig besser kooperieren können. Insbesondere die Einführung einer strafbefreienden Selbstanzeige im Umweltstrafrecht könnte dazu beitragen, die „opferlosen“ Delikte zukünftig früher zu erkennen und aufzuklären, um so ihre schwerwiegenden Folgen für Umwelt und Gesellschaft zu vermeiden oder wenigstens zu verringern.

www.tectum-verlag.de

Henneke | Ritgen

Kommunales Energierecht

Wiesbaden 2010
120 S., 29,00 €
ISBN 978-3-8293-0897-7



Die Gewährleistung einer flächendeckend sicheren und umweltgerechten Energieversorgung zu angemessenen Preisen gehört zur wichtigsten Daseinsvorsorge der Städte, Landkreise und Gemeinden. Mit der Darstellung werden die (rechtlichen) Instrumente beschrieben, die den Kommunen zur Bewältigung dieser bedeutsamen Aufgabe zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang werden nicht nur die Vorgaben des kommunalen Wirtschaftsrechts, sondern auch die verfassungsrechtlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen erörtert. Ein eigenes Kapitel ist dem Konzessionsvertrag gewidmet, der zu den wichtigsten Steuerungsinstrumenten für den Bereich der Energieversorgung gehört. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt knüpft an die Planungshoheit der Kommunen an und erläutert inwieweit das Planungsrecht – insbesondere die Bauleitplanung – einen Beitrag zur Verwirklichung der kommunalen energiepolitischen Vorstellungen leisten kann.

Ausführungen zum Energieumweltrecht, zu den Vorgaben des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes und des Energieeinsparrechts, die die Kommunen in ihrer

Rolle als Energieverbraucher betreffen, runden die Darstellung ab.

Der Inhalt gliedert sich in:

- Grundlagen
- Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben
- Energieversorgung und kommunales Wirtschaftsrecht
- Grundzüge des Energiewirtschaftsrechts
- Kommunale Energieversorgung und Wegenutzung
- Energieumweltrecht
- Kommunale Steuerung der lokalen und regionalen Energieversorgung
- kommunalrechtlicher Anschluss und Benutzungszwang
- Kommunen als Energieverbraucher.

Das Werk eignet sich mit seiner Kompetenz und Praxisnähe insbesondere für die gesamte Kommunalverwaltung und ihre Eigenbetriebe, alle Energie- und Wasserversorgungsunternehmen, Verbände und Institutionen.

Die Verfasser: Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, und Dr. Klaus Ritgen, Referent beim Deutschen Landkreistag.

www.kommunalpraxis.de

Eike Helbig

Windfall Profits im europäischen Emissionshandel

Rechtsdogmatische
und rechtspolitische Erwägungen
am Beispiel
der deutschen Energiewirtschaft

Nomos Universitätschriften Recht,
Bd. 692

Baden-Baden 2010
296 S., 76,00€
Erscheinungstermin: September 2010
ISBN 978-3-8329-5842-8

www.nomos.de

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie der Industriegewerkschaft
Bauen, Agrar, Umwelt
Zentralverband des Deutschen Bau-
gewerbes

Symposium

100 Jahre Flächentarifvertrag in der Bauwirtschaft

06.10.2010, Berlin

Programm

- Die Tarifeinigung im Jahr 1910 als Grundstein des Flächentarifvertrags in der Bauwirtschaft
- Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Betrachtung von Flächentarifverträgen
- Der Flächentarifvertrag aus der Sicht der Bauwirtschaft
- Der Flächentarifvertrag und Europa - Status quo und künftiger Entwicklungen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH
- Flächen- oder Unternehmenstarifvertrag - eine rechtsvergleichende Umschau
- Die Rechtsprechung des BAG zur Tarifeinheit und gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien
- Das Verhältnis der Areltsgerichtsbarkeit zur Verwaltungsgerichtsbarkeit vor dem Hintergrund der verwaltungsgerichtlichen Überprüfung von AVE 'S
- Zukunft einer funktionstüchtigen Tarifautonomie unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Bauwirtschaft

www.bauindustrie.de

BGH

Kein Anspruch des Mieters auf einen gegenüber der z. Zt. der Errichtung des Gebäudes geltenden DIN-Norm erhöhten Schallschutz

U. v. 07.07.2010 - VIII ZR 85/09 -
mit Anmerkung

ZGS 9/2010, 391-392

Siegbert Lammel

HeizkV

Heizkostenverordnung

3. Aufl., München 2010

376 S.

60,00 €

ISBN 978-3-406-59008-5



Immer Ärger mit der Heizkosten-
abrechnung?

Von den Vorschriften der Heizkostenverordnung ist die Mehrzahl der rund 20 Millionen Mietwohnungen betroffen. Zugleich finden die Regeln über die Abrechnung von Wärme- und Warmwasserkosten auch auf Eigentumswohnungen, vermietete Geschäftsräume, freifinanz-ierten sowie öffentlich geförderten Wohnraum Anwendung. Trotz dieser großen praktischen Relevanz verstehen weite Bevölkerungskreise ihre Heizkostenabrechnungen aber nicht.

Dieser kompetente Kommentar beantwortet präzise, umfassend und mit Blick auf das allgemeine Mietrecht alle Fragen im Zusammenhang mit der Heizkostenabrechnung. Der Kommentar zeigt den Weg zur korrekten Abrechnung und erleichtert die Überprüfung.

Die Neuauflage berücksichtigt:

- die Novelle zur HeizkostenV
- die neue Energiesparverordnung (mit Energiespargesetz)
- die neue BGH-Rechtsprechung zum sog. Wärme-Contracting und zum Vorrang der HeizkostenV vor den Warmmiete-Vereinbarungen
- die WEG-Reform

www.beck-shop.de

BGH

Keine Beschlusskompetenz zur Begründung von Leistungspflichten der Wohnungseigentümer

U. v. 18.06.2010 - V ZR 193/09 -

NJW 38/2010, 2801-2802

BGH

Pkh für "Not leidenden" WEG-Verband; Beitragsforderung in Kleinstgemeinschaft

B. v. 17.06.2010 - V ZB 26/10 -

NJW 38/2010, 2814

Michael **Drasdo**

Die "Einheit" von Wohn- und Garagenmiete als Kündigungsproblem

NJW-Spezial 18/2010, 545

Tobias **Hänsel** | Volker **Schmidt**

Ausgewählte umsatzsteuerrechtliche Fragen des Bauprozesses

NJW-Spezial 18/2010, 556-557

Klaus-R. **Wagner**

Neuere gesellschaftsrechtliche Entwicklungen in Rechtsprechung und Fachschrifttum zu notleidenden geschlossenen Immobilienfonds

WM 36/2010, 1684-1690

BGH

Die nicht durch einen gerichtlichen Titel gedeckte eigenmächtige Inbesitznahme einer Wohnung und deren eigenmächtiges Ausräumen durch einen Vermieter stellt eine unerlaubte Selbsthilfe dar, für deren Folgen der Vermieter verschuldensunabhängig nach § 231 BGB haftet...

U. v. 14.07.2010 - VIII ZR 45/09 -

EBE/BGH 36/2010, 286-288

BGH

Verschuldensunabhängige Haftung des Vermieters bei "kalter" Wohnungsräumung

U. v. 14.07.2010 - VIII ZR 45/09 -

ZGS 9/2010, 392

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

Symposium Lebensmittelrecht

07.-08.10.2010, Bayreuth

Lebensmittel haben in Deutschland allgemein ein hohes Sicherheitsniveau und eine breite Diversifizierung erreicht. Dabei spielt die Lebensmitteltechnologie eine immer größere Rolle. Viele Produkte haben in der Herstellung mit überkommenen Vorstellungen von Landwirtschaft und Handwerk kaum mehr etwas gemein. Zugleich stellen sich Unternehmen mehr und mehr Fragen der sozialen Verantwortung in der Gesellschaft. Lebensmittel stehen dadurch heute zwischen Technik und Ethik. Die Forschungsstelle für deutsches und europäisches Lebensmittelrecht der Universität Bayreuth stellt sich diesem Themenkomplex im Rahmen eines zweitägigen Symposiums an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Aktuelle Fragen werden mit hochkarätigen Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensmittelüberwachung diskutiert.

Programm

- Übergewicht und Hunger – Eine Herausforderung an die politische Ökonomie
- Klonfleisch – Anmerkungen aus agrarwissenschaftlicher Sicht
- Klonfleisch – Zulassung und Kennzeichnung
- Corporate Social Responsibility (CSR) aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht
- Ethische Kennzeichnung im Lebensmittelrecht
- Die Gentechnik-Kennzeichnung auf dem Prüfstand
- Haftungsrechtliche Risiken der Gentechnik
- Podiumsdiskussion: Branchenstandards für die Werbung – Ausweg oder Ausflucht?
- Die Zertifizierung von Lebensmitteln
- Der Einfluss von Verfahrensvorschriften auf die Lebensmittelsicherheit
- Klebefleisch, Surimi und andere Neukreationen – Rechtliche Bewertung

www.lmr.uni-bayreuth.de

Frauke **Brosius-Gersdorf**

Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung. Gesetzgebung im Spannungsfeld zwischen Grundrechtsschutz und Sicherung der Stabilität der Sozialversicherungssysteme,

DÖV 11/2010, 465-475

BGH

Umfang der Aufklärungspflicht des Arztes vor Operation

U. v. 15.06.2010 - VI ZR 204/09 - RdW 17/2010, 541-542

KG

"Parmesan" verletzt die Ursprungsbezeichnung "Parmigiano Reggiano"

U. v. 15.06.2010 - 5 U 97/08 - mit Anmerkung Kerstin **Gründig-Schnelle** GRUR-Prax 17/2010, 390

BVerwG

Arzneimittelgabe über Apothekenterminal ist unzulässig

U. v. 24.06.2010 - 3 C 31/09 - mit Anmerkung Kerstin **Brixius** GRUR-Prax 17/2010, 402

Stefan **Braun**

Das neue Gendiagnostikgesetz. Sanktionierung "heimlicher Vaterschaftstests", <http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/11-2010/index.html>

ÖSTERREICH

Einar Sladeczek | Leopold M. Marzi
Thomas Schmiedbauer

Recht für Gesundheitsberufe

Mit allen wichtigen Berufsgesetzen

5. Aufl., Wien 2010

296 S., 37,90 €

ISBN 978-3-7007-4721-5

Erscheinungstermin: September 2010

www.lexisnexis.at

Anna K. Schwedler

Die ärztliche Therapiebegrenzung lebenserhaltender Maßnahmen auf Wunsch des Patienten

Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und Frankreich unter besonderer Berücksichtigung des Patientenverfügungsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland

Frankfurt am Main 2010

211 S., 42,80 €

ISBN 978-3-631-60272-0



In der Bundesrepublik Deutschland sterben jährlich etwa 820.000 Menschen. Viele davon beenden ihr Leben nach langem Leiden auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Die betroffenen Patienten, Angehörigen und die behandelnden Ärzte stehen in solchen Situationen vielfach vor schwierigen Entscheidungen, welche medizinischen Maßnahmen angemessen sein könnten.

Ziel dieser Arbeit ist es, die rechtliche Gebotenheit der ärztlichen Therapiebegrenzung lebenserhaltender Maßnahmen in Deutschland und in Frankreich zu untersuchen.

Anhand von fünf Patientengeschichten werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Regelungen der beiden Länder herausgearbeitet. Ein Vergleich mit Frankreich bietet sich an, da der französische Gesetzgeber bereits vor mehreren Jahren einschlägige Gesetze verabschiedet hat. Der deutsche Gesetzgeber konnte sich dagegen erst nach langem Zögern im Sommer 2009 zu einer zivilrechtlichen Regelung in Form des Patientenverfügungsgesetzes durchringen. Ob diese Reform gelungen ist, wird ebenfalls erörtert.

www.peterlang.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Nina Fechner

Wahrung der Intimität?

Grenzen des Persönlichkeitsschutzes
für Prominente

Frankfurt am Main 2010

185 S., 42,80 €

ISBN 978-3-631-61206-4



Im Medienzeitalter zeigt die Öffentlichkeit ein gesteigertes Bedürfnis, an dem Leben prominenter Personen teilzunehmen. Privatheit und Intimität werden dem Informations- und Sensationsinteresse der breiten Öffentlichkeit geopfert. Aber müssen Prominente grenzen- und schutzlos Eingriffe in ihre Persönlichkeitsrechte hinnehmen? Das wechselseitige Spannungsverhältnis zwischen Mediengrundrechten und Persönlichkeitsrechten Prominenter erfordert eine neue Grenzziehung gegenüber dem standardmäßig gewährleisteten Persönlichkeitsschutz. Diese Arbeit unternimmt vor diesem Hintergrund den Versuch, neue Abwägungskriterien zum Ausgleich kollidierender Interessen zu finden.

Inhalt

- Inhalt und Struktur des APR
- Kollidierendes Verfassungsrecht
- Mediengrundrechte
- Abwägung und Abwägungsmuster
- Prominente Menschen als Träger des APR
- Öffentlichkeit
- Öffentliches Interesse und Person der Zeitgeschichte
- Fallgruppen des APR
- Soziale und private Identität.

www.peterlang.de

Fritz Goergen

Zukunft der Arbeit. Die Kommunikationsrevolution durch das Internet hat die Grenzen zwischen Leben, Wohnen, Arbeiten und Lernen. Eine neue Gruppe Selbstständiger stößt in das Vakuum sich auflösender Arbeits- und Sozialstrukturen, PolMei 6/2010, 24-28

Symposium

"Moderner Datenschutz im 21. Jahrhundert"

04.10.2010, Berlin

Datenschutz ist ein hochaktuelles Thema. Wir leben in einer sich rasant entwickelnden Welt der allgegenwärtigen Erfassung und Verarbeitung unserer persönlichen Daten durch Staat und Wirtschaft. Ganz gleich, ob es sich um die Überwachung in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz, den Umgang mit personenbezogenen geographischen Informationen, die Bildung von Persönlichkeitsprofilen, den Umgang mit Daten im Netz oder die Gewährleistung der Datensicherheit in komplexen technischen Systemen handelt: der Schutz der Persönlichkeitsrechte spielt überall eine zentrale Rolle. Das geltende Datenschutzrecht gibt allerdings nicht immer die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hat im März 2010 das Eckpunktepapier „Ein modernes Datenschutzrecht für das 21. Jahrhundert“ verabschiedet, das für Politik, Gesellschaft und Fachöffentlichkeit den Anstoß für eine Diskussion über eine grundlegende Modernisierung des Datenschutzrechts geben soll. Um die öffentliche Diskussion voranzubringen, laden die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder am 4. Oktober 2010 im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin zu einem Symposium „Moderner Datenschutz im 21. Jahrhundert“ ein. Bei der Veranstaltung diskutieren Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung über neue Ansätze, um das Datenschutzrecht fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Einzelheiten können dem Veranstaltungsprogramm entnommen werden.

Verbindliche Anmeldung bis spätestens 20. September 2010 (online).

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

www.bfdi.bunde.de

12. Deutscher IT-Sicherheitskongress

Call for Papers

Ab sofort können Autorinnen und Autoren ihre Vorschläge für die Kongressbeiträge zum 12. Deutschen Sicherheitskongress einsenden.

Der Call for Papers gilt bis zum
10.10.2010

Beiträge können zu den folgenden Themenbereichen eingereicht werden:

- Neuer Personalausweis und Infrastruktur
- Information Security Management
- Staatlich gesicherte Systeme und Infrastruktur
- Sicherheit in der Cloud und Virtualisierung
- Sicherheit kritischer Prozesse und Anwendungen
- Stärkung der Informationsgesellschaft, Aufklärung und Sensibilisierung
- Cybersicherheit
- Sicherheit und Mobilität
- Netzwerksicherheit

Auf dem Deutschen IT-Sicherheitskongress, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) alle zwei Jahre veranstaltet, informieren Hersteller, Anwender und Dienstleister über den Stand der nationalen und internationalen Entwicklungen zur IT-Sicherheit.

Der Kongress findet vom 10. bis 12. Mai 2011 in der Stadthalle Bonn Bad-Godesberg statt.

Vorschläge können an die Adresse papers@bsi.bund.de geschickt werden. Weitere Informationen

www.bsi.bund.de

AG Gummersbach
Vorzeitige Beendigung einer eBay-Auktion
U. v. 28.06.2010 - 10 C 25/10 -
ZGS 9/2010, 430-431

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

WM Seminar

Der aktuelle rechtliche Rahmen für Finanzderivative

Vertrags-, insolvenz-, steuer und bilanz- und aufsichtsrechtliche Fragen aktueller Stand der derzeitigen Regulierungsvorhaben

04.-05.10.2010, Frankfurt-Eschborn

Programm

- Funktion und Rolle von OTC-Derivaten
- Derivate im Fadenkreuz des Gesetzgebers – Aktueller Stand der Regulierung
- Einführung: ISDA und Deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte
- Der Deutsche Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte
- und der Besicherungsanhang
- Die Anhänge zum deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte
- Der Rohwaren-Anhang und der (neue) Anhang für Emissionsrechte
- Exkurs: Die Dokumentation des ISDA Master Agreement und der (die) ISDA-Definitionen
- Insolvenzrecht
- OTC-Derivate im öffentlichen Recht
- Steuerliche Behandlung von Derivaten
- Wirtschaftlicher Hintergrund: Funktion, Kategorien und Bedeutung
- Prospektrechtliche Fragen bei Zertifikaten
- nach der Lehman-Insolvenz
- Unterlegung mit OTC-Derivaten mit Eigenmitteln nach der Solvabilitätsverordnung
- OTC-Derivate im Versicherungsaufsichtsrecht
- OTC-Derivate nach dem Pfandbriefbankengesetz
- Ablösung des IAS 39 durch IFRS 9
- Kreditderivate – Finanzgarantien oder Derivate?

www.wm-seminare.de

Börse-Zeitung

8. internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

28.-19.10.2010, Frankfurt am Main

Kaum ein Geschäftsfeld im deutschen Bankensektor hat sich in den vergangenen Jahren so dynamisch entwickelt wie das Retail Banking. Die Wünsche der Kunden werden immer differenzierter, was eine individualisierte Kundenansprache erfordert, gleichzeitig ist die Preissensibilität der Kunden in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das zwischenzeitlich bereits abgeschriebene Auslaufmodell Filiale ist wieder im Aufschwung und bleibt auch in Zukunft der wichtigste Vertriebskanal. Die Filialen bieten beste Möglichkeiten, den zunehmend heterogener werdenden Bedürfnissen der Kunden mit unterschiedlichen Konzepten entgegenzukommen und einen sichtbaren Mehrwert des Filialbesuchs zu verschaffen. Der Tatsache, dass Anbieter sich unter dem Druck der Margen über Produktinnovationen differenzieren müssen, kann mit Spannung entgegengesehen werden. Eine starke Marke reicht nicht mehr aus, der Kunde muss im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Der 8. Internationale Retail-Bankentag bietet in diesem schwierigen Umfeld die Plattform zum Austausch über die bestehenden Herausforderungen, über die Reaktionen und die Entwicklung erfolgreicher Geschäftsmodelle, mit denen

Retail-Banken in extrem kritischen Bereichen Wettbewerbsvorteile erzielen können, z. B. im Beziehungsmanagement hin zu engeren, vertrauensvolle Kundenbeziehungen.

Programm

- Die Privatkunden-Agenda der neuen Commerzbank
- "Auf Augenhöhe" – Qualität und Service als Erfolgsfaktor
- Genossenschaftliches Private Banking
- ein strategisches Geschäftsfeld für Primärbanken

- Private Banking / Wealth Management in der
- S-Finanzgruppe: Kundennutzen aus dem Verbund
- Erfolgsfaktor "Vertrauen" – Wie weit trägt er?
- Genossenschaftsbanken – regional, stabil, beratungsstark
- Wie Kunden den Service ihrer Bank bewerten
- Die buw Customer Excellence Studie 2010
- Privatanleger vertrauen der Börse Stuttgart nicht erst seit der Krise
- Sparda-Banking als Teil des genossenschaftlichen Retailbank-Angebots
- Die Postbank als kundenorientierte Produktbank
- Die Bedeutung der IT-Strategie für die Bankstrategie Erfahrungen der Haspa
- Die Nachhaltigkeitsbank – ein Erfolgsmodell?

www.wm-seminare.de

Ulrich Sommer | Frank Schmitz
Marc Simon
Kaufpreisallokation bei Banken
KoR 9/2010, 447-454

BGH
Aufklärungspflicht der finanzierenden Bank bei erkannter arglistiger Täuschung über die Höhe der Vermittlungsprovision
U. v. 29.06.2010 - XI ZR 104/08 -
ZGS 9/2010, 387-388

Kathrin Kim
Finanzmarkt - Wege aus der Vertrauenskrise. Tagungsbericht zum 13. Hamburger Wirtschaftsrechtstag am 30.06.2010
GewArch 9/2010, 348-350

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Klaus Dienelt | Jan Bergmann

Ausländerrecht AuslR

9. Aufl., München 2010
1800 S., 98.00 €
ISBN 978-3-406-57051-3



Der Klassiker: Zum komplett novellierten Ausländerrecht neu!

Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/EU, Artikel 16a GG und Asylverfahrensgesetz sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften

Das deutsche Ausländerrecht bietet die Grundlage für den Aufenthalt von rund sechs Millionen Ausländern, die gegenwärtig in Deutschland leben. Damit ist das Ausländerrecht ein gesellschaftlich und wirtschaftlich bedeutendes Thema, wie auch die aktuelle Reformdiskussion zeigte.

Der Kommentar ist ein bewährter und maßgeblicher Ratgeber zum Ausländerrecht. Er behandelt das Aufenthaltsgesetz, das Freizügigkeitsgesetz/EU, das Asylverfahrensgesetz mit materiellem Asylrecht sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

Die besonderen Vorteile des Werks:

- übersichtliche Darstellung der immer mehr verfeinerten Rechtsprechung zum Ausländer- und Asylrecht und der Folgen der verschiedenen Gesetzesänderungen
- zahlreiche Hinweise auf die Auswirkungen europarechtlicher Regelungen,
- ein reich gegliedertes Stichwortregister
- Wiedergabe aller praxisrelevanten Verordnungen und Verträge sowie Aufnahme neuer Rechtsquellen aus dem europäischen Bereich und neuer Abkommen über die Truppenrückführung
- fundierte Auswertung des anwachsenden Schrifttums
- Erläuterung der wichtigsten

ausländer- und asylrechtlichen Gesetze in einem Band

- umfassende, fundierte Kommentierung
- profunde Auswertung der Rechtsprechung

Für die 9. Auflage haben die Autoren das Werk umfassend überarbeitet. Berücksichtigt ist sowohl eine Fülle ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechung und Literatur als auch die Gesetzesänderungen seit Erscheinen der Voraufgabe, insbesondere das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union, das umfangreiche Änderungen insbesondere

- des Aufenthaltsgesetzes
- des Freizügigkeitsgesetzes sowie
- des Asylverfahrensgesetzes mit sich bringt.

Prof. Dr. Jan **Bergmann** ist als Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in einem Senat für Ausländer- und Asylrecht tätig und an der Universität Stuttgart als Honorarprofessor für die Fachgebiete Recht und Politik der Europäischen Union sowie Öffentliches Recht.

Dr. Klaus **Dienelt** ist Richter am Verwaltungsgericht Darmstadt. Er ist Herausgeber des Portals für Ausländer- und Migrationsrecht und verfügt über eine langjährige Erfahrung als Referent und Autor zu ausländerrechtlichen Fragen. Sybille **Röseler** leitet das Rechtsreferat bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Sie befasst sich seit vielen Jahren wissenschaftlich und rechtspolitisch mit ausländer- und ausländersozialrechtlichen Fragestellungen sowie mit dem Europäischen Freizügigkeitsrecht.

Für Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Verwaltungs-, Polizei-, Arbeits- und Sozialbehörden, Unternehmen.

www.beck-shop.de

Irena Klepper

Diplomatisches Asyl Zulässigkeit und Grenzen

München 2009
201 S., 42.50 €
ISBN 978-3-631-58471-2

Die Frage nach der Zulässigkeit diplomatischen Asyls, also der Frage, ob eine Botschaft Asyl gewähren darf, steht im Spannungsverhältnis des Schutzes der verfolgten Individuen und der völkerrechtlichen Prinzipien der Achtung der Territorialhoheit des Empfangsstaates und des Interventionsverbotes. Nach einer ausführlichen Erarbeitung des Völkergewohnheits- und -vertragsrechts, wird eine Rechtfertigung des diplomatischen Asyls im Rahmen der allgemeinen Rechtfertigungsinstitute untersucht. Anschließend beschäftigt sich die Autorin mit der Frage, ob die Eingehung einer menschenrechtlichen Verpflichtung zu einer Gestattung der Gewährung diplomatischen Asyls führt.

www.peterlang.com

Ann-Marie **Hebrant** | Jan **Hecker**
Hans-Georg **Maaßen**

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz, 2. Aufl. Berlin 2010, ISBN: 978-3-17-021288-6

Rezension

Gemeindehaushalt 9/2010,
215-216

Rolf **Gutmann**

Kanzlei & Mandat: Zugang von Ausländern zum Arbeitsmarkt,
NJW 38/2010, 2779-2780

Bertold Huber (Hrsg.)
Aufenthaltsgesetz. Mit Freizügigkeitsgesetz/EU, ARB 1/80 und Qualifikationsrichtlinie. Kommentar, München 2010. ISBN 978-3-406-58239-4

Rezension Herbert **Anderer**
NJW 38/2010, 2782

25. Europa | Europarecht

Kuselit Rezensionen

Carsten Doerfert
Jörg-Dieter Oberrath
Peter Schäfer

Europarecht

Stuttgart 2010
120 S., 14,80 €
ISBN 978-3-415-04474-6

www.boorberg.de

Beherrschtes Risiko

In der von Professor Dr. Jörg-Dieter Oberrath, Fachhochschule Bielefeld, herausgegeben Reihe „ABWiR – Arbeitsbücher Wirtschaftsrecht“ ist jetzt die 3. Auflage des „Europarechts“ von Doerfert, Oberrath und Schäfer erschienen¹. Die seit der Voraufgabe eingetretenen Änderungen (Vertrag von Lissabon und einschlägige Rechtsprechung) sind zwanglos eingearbeitet. Wie vordem untertreibt die Verlagsinformation. Aufbau, Inhalt und Konzeption müssen schlicht begeistern, und zwar nicht nur den Studierenden, sondern auch den Praktiker, der sich in kürzester Zeit einen respektablen Gesamtüberblick über das aktuelle Europarecht aneignen oder einfach seine europarechtlichen Kenntnisse auffrischen möchte. Mit einem Preis von weniger als 15 Euro ist auch das Preis-Leistungsverhältnis nicht zu unterbieten.

Die Einleitung des Bandes (Teil A) erleichtert dessen Benutzung. In der Tat kann man sich damit höchst effektiv und zeitsparend ein recht umfassendes und kompaktes Grundwissen über die gängigen Probleme des Europarechts verschaffen.

Prüfungsschemata, Fallbeispiele, Lösungsskizzen und Glossar (Teil F) garantieren einen erfolgreichen Einstieg in die nicht ganz leichte Materie und geben insbesondere dem Studierenden die notwendige Sicherheit in europarechtlichen Klausuren zu Fragen

Bewertung:

Ausgezeichnete didaktische Leistung

Inhalt:

Alle Schwerpunkte des Europarechts

Zielgruppe:

Studierende und Praktiker, die europarechtliche Kenntnisse auffrischen möchten

Was kann man lernen?

Techniken zur Lösung europarechtlicher Fragestellungen

- der Rechtsquellen des Europarechts (Teil B),
- der Grundfreiheiten einschließlich europäischer Grundrechte und Diskriminierungsverbote (Teil C),
- wettbewerbsrechtlicher Fragestellungen (Teil D) und
- prozessualer Fragestellungen (Teil E).

Der geneigte Leser mag sich selbst einmal an Hand folgender Fragen testen:

1. Was hat es mit dem sog. „Demokratische Defizit“ Europas auf sich?
2. Was besagt die Cassis-de-Dijon-Formel?
3. Welche Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit sind zulässig?
4. Wie ist das Verhältnis zwischen nationalem Recht und Unionsrecht?

Die Antworten finden sich

1. Zum „Demokratischen Defizit“ Europas auf S. 105: Der Vorwurf eines „Demokratischen Defizits“ Europas beruhte

u.a. darauf, dass der Rat das Hauptrechtsetzungsorgan war, dem es allerdings an einer ausreichenden demokratischen Legitimation ermangelte. Um diesem Vorwurf zu begegnen, baut der Lissabon-Vertrag die Stellung des Europäischen Parlamentes aus.

2. Zur Cassis-de-Dijon-Formel auf S. 41: Hemmnisse für den Binnenhandel sind hinzunehmen, wenn nationale Vorschriften zwingend geboten sind, um eine wirksame steuerliche Kontrolle, den Schutz der öffentlichen Gesundheit oder die Lauterkeit des Handelsverkehrs und des Verbraucherschutzes zu gewährleisten (zwingende Gemeinwohlbelange).
3. Zu den Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit auf S. 59: Bloße Ausübungsmodalitäten, Sonderregelungen für Ausländer aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit sowie „zwingende Gründe des Allgemeinwohls“ können die Dienstleistungsfreiheit einschränken.
4. Zum Verhältnis zwischen nationalem Recht und Unionsrecht auf S. 23: Das Unionsrecht genießt „im Grundsatz“ Vorrang, solange

25. Europa | Europarecht

unabdingbare Grundrechtsstandards gewährt bleiben („Solange“-Rechtsprechung des BVerfG)

Diese Antworten sind zwar einfach zu verstehen, dürfen aber nicht über die jeweils bestehende Problematik hinwegtäuschen. Wer mit dem Buch arbeitet, muss sich darüber klar sein, dass eine Vertiefung notwendig ist, sobald man in der Praxis mit Europarecht konfrontiert wird. So ist es durchaus nicht klar, dass der Lissabon-Vertrag das „Demokratische Defizit“ Europas beseitigt hat². Auch ist die Berufung auf die sog. „zwingenden Gründe des Allgemeinwohls“ wirklich nur sehr eingeschränkt möglich.³ Und schließlich ist die Rechtsprechung des BVerfG gar nicht so eindeutig, wie es nun einmal „im Grundsatz“ erscheinen mag, wenn es um die Abgrenzung von europäischem und nationalem Recht geht.⁴ Denn justament hat das BVerfG⁵ seine eigenen Kompeten-

zen eingeschränkt, mit der Begründung, es sei kein „oberstes Vorlagenkontrollgericht“, und gleichzeitig dem EuGH sogar einen „Anspruch auf Fehlertoleranz“ eingeräumt.

Die verkürzte Darstellung im Lehrbuch ist dennoch aus didaktischen Gründen gerechtfertigt. Denn nur so kann stressfrei ein Gerüst aufgebaut werden, an dem der studierende Leser Halt und Orientierung für den weiteren Ausbau des eigenen Verständnisses des Europarechts finden kann. Auf Grund des „begrenzten Lebenszeitbudgets“ (Odo Marquard) kann und muss der berufstätige Mensch von heute diese Vertiefung im jeweils speziellen Fall vornehmen. Und dafür bietet das „Europarecht“ von Doerfert, Oberrath und Schäfer den geeigneten Einstieg.

Der Student wiederum kann sicher sein, dass nach dem Durcharbeiten des „Europarechts“ von Doerfert, Oberrath und Schäfer europarechtliche Klausuren für ihn – mit etwas Kreativität - kaum mehr ein Risiko darstellen dürften.

logischen Grenzen der Befugnisnormen zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und die Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Schriften zur Rechtstheorie, Bd. 245, Duncker & Humblot 2009, ISBN 978-3-428-12847-1, <http://www.kuselit.de/rezension/15766/Grundprobleme-einer-juristischen-meinschaftsrechtlichen%29-Methodenlehre.html> und ZID 04/2010, unter Nr.2, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201004.pdf>, sowie

- b. „Richterrecht und Rechtsquelle“, zu Konrad Walter, „Rechtsfortbildung durch den EuGH. Eine rechtsmethodische Untersuchung ausgehend von der deutschen und französischen Methodenlehre.“ Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 142, Duncker & Humblot 2009, ISBN 978-3-428-12817-4, <http://www.kuselit.de/rezension/15717/Rechtsfortbildung-durch-den-EuGH.html>.

- 5 BVerfG, Pressemitteilung vom 26.08.2010 zum Beschluss 2 BvR 2661/06 vom 06.07.2010 mit Sondervotum des Richters Landau, vgl. z.B. Joachim Jahn, „Karlsruhe schränkt eigene Kompetenzen ein“, in FAZ.NET vom 26.08.2010, verfügbar unter http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1D-B1A121534F010EE1/Doc-EE5D9566C986E4B358F249DBEB60B229-A_Tpl-Ecommon-Scontent.html, neutraler etwa die DATEV-Erläuterung unter <http://www.datev.de/portal/ShowPage.do?pid=dpi&nid=104477>.

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

(Endnotes)

1 Die Voraufgabe aus dem Jahr 2007 war bereits positiv besprochen worden in der Kuselit-Rezension unter <http://www.kuselit.de/rezension/14523/Europarecht.html>. Alle Internetfundstellen dieser Rezension wurden am 10.9.2010 abgerufen.

2 Vgl. die Kuselit-Rezensionen
a. Volkssouveränität im „Fuchsbau“ zu: Komorowski, Alexis von, Demokratieprinzip und Europäische Union. Staatsverfassungsrechtliche Anforderungen an die demokratische Legitimation der EG-Normsetzung. Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 148, Berlin 2010, Duncker & Humblot, in ZID 33/2010 unter Nr. 25, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201033.pdf>, und
b. „Die Unionsgrundordnung eines modernen Perikles“, zu Tsatsos, Dimitris Th., Zur Verfassungsentwicklung Europas. Beiträge

aus den Jahren 1997 bis 2008, 189 S., BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag Berlin 2008, <http://www.kuselit.de/rezension/15259/Zur-Verfassungsentwicklung-Europas.html>.

3 Vgl. die Kuselit-Rezension „Kooperation statt Konkurrenz“, zu Polnische Wirtschaftsgesetze, 8., aktualisierte Auflage 2010, C. H. Beck München und Warschau, ZID 35/2010 vom 7.9.2010 unter Nr. 4, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201035.pdf> sowie <http://www.kuselit.de/rezension/15897/Polnische-Wirtschaftsgesetze.html>.

4 Vgl. die Kuselit-Rezensionen
a. „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“, zu Axel Adrian, Grundprobleme einer juristischen (gemeinschaftsrechtlichen) Methodenlehre. Die begrifflichen und („fuzzy“-)

25. Europa | Europarecht

Daniel Parlow

Die EG-Dienstleistungsrichtlinie

Stärkung der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit durch mitgliedstaatliche Verwaltungsmodernisierung und gegenseitige Normanerkennung?

Studien zum Völker- und Europarecht, Bd. 77

Hamburg 2010
352 S., 95.00 €
ISBN 978-3-8300-5106-0



Die Dienstleistungsrichtlinie gehört zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Reformvorhaben der Europäischen Union in den letzten Jahren. Bereits ihr Gesetzgebungsprozess war von äußerst kontrovers geführten Diskussionen begleitet. Gewerkschaften und Sozialverbände gingen auf die Straße und protestierten gegen ein ihrer Ansicht nach mit der Umsetzung der Richtlinie verbundenes Lohn- und Sozialdumping. Erst nach der Aufnahme mehrerer Änderungsvorschläge konnte die Dienstleistungsrichtlinie am 12. Dezember 2006 in Kraft treten. Ziel der Dienstleistungsrichtlinie ist es, durch einen Abbau rechtlicher und administrativer Hindernisse den Zugang von Dienstleistern zu den Märkten aller EU-Mitgliedstaaten im Sinne eines einheitlichen Binnenmarktes zu erleichtern. Mit der Studie wird untersucht, ob durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie eine Stärkung der Rechte von Dienstleistungserbringer und -empfängern erreicht werden kann. Hierzu werden die zentralen Vorschriften der Dienstleistungsrichtlinie dargestellt und auf ihre rechtlichen Wirkungen hin überprüft. Im Rahmen dieser Untersuchung wird herausgearbeitet, in welcher Form der nationale Gesetzgeber die bisher bestehende Verwaltungsorganisation und das bisherige Verwaltungsverfahren anzupassen hat, um den Richtlinienzielen zu entsprechen.

www.verlagdrkovac.de

Katrin Träbert

Sanktionen der Europäischen Union gegen ihre Mitgliedstaaten

Die Sanktionsverfahren nach Art. 228 Abs. 2 EGV und Art. 7 EUV

Studien zum Internationalen, Europäischen und Öffentlichem Recht, Bd. 23

Frankfurt am Main 2010
462 S., 79.80 €
ISBN 978-3-631-58794-2



Die EU kam lange ohne vertraglich festgelegte Sanktionsverfahren aus. Mit der Zeit wurde es jedoch erforderlich, Fehlverhalten der Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Stückweise entwickelten sich Sanktionsmöglichkeiten. Ergibt dieses «Stückwerk» dennoch ein funktionierendes und umfassendes Sanktionssystem? Mit Art. 228 Abs. 2 EGV besteht für den EuGH die Möglichkeit, im Fall der Nichtumsetzung von Vertragsverletzungsurteilen Zwangsgelder oder Pauschalbeträge gegen Mitgliedstaaten zu verhängen. Was geschieht jedoch, wenn ein Mitgliedstaat weder das Urteil umsetzt noch zahlt? Das Suspendierungsverfahren nach Art. 7 EUV sieht vor, daß der Rat im Fall einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der fundamentalen Grundsätze des Art. 6 Abs. 1 EUV mitgliedstaatliche Rechte des Mitgliedstaates aussetzen kann. Das etwas schwerfällige Verfahren wurde noch nie angewandt, stellt aber ein erhebliches Drohpotential dar.

Eine umfassende Überprüfbarkeit durch eine unabhängige Überwachungsinstanz fehlt jedoch. Sollte es besser nie zur Anwendung gelangen? Die immer größer werdende EU braucht ein funktionierendes Sanktionssystem. Beseitigt der Vertrag von Lissabon bestehende Schwächen?

Aus dem Inhalt:

- Sanktionsmöglichkeiten der EU bei Fehlverhalten der Mitgliedstaaten: Überblick über die historische Entwicklung der Sanktionen
- Analyse der Sanktionsverfahren nach

Art. 228 Abs. 2 EGV und Art. 7 EUV im Einzelnen

- Beurteilung des Sanktionssystem als Ganzes
- Blick auf zukünftige Entwicklung mit Analyse des Reformvertrags von Lissabon.

www.peterlang.de

Walter Frenz

Subsidiaritätsprinzip und -klage nach dem Vertrag von Lissabon

Jura 9/2010, 641-645

Walter Frenz | Christian Ehlenz

Europäische Wirtschaftspolitik nach Lissabon

GewArch 9/2010, 329-335

Utz Schliesky (Hrsg.)

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung. Teil 3: Informationen, Wissen und Verantwortung, Kiel 2010

Rezension Alexander Windoffer

GewArch 9/2010, 376

Claudio Franzius

Europäisches Vertrauen? Eine Skizze, <http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/12-2010/index.html>

Matthias Herdegen

Gefesselter Gulliver Europa? Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag von Lissabon kann zu Deutungskonflikten zwischen dem Europäischen Gerichtshof und den Gerichten der Mitgliedstaaten führen

PolMei 7,8/2010, 53-58

Marianne Kneuer

Mehr Demokratie nach Lissabon? Die Europäische Union steht bei der Verwirklichung des Demokratieprinzips vor großen Herausforderungen,

PolMei 7,8/2010, 59-64

26. Internationales Recht

Andreas Stricker

Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen für den Grundrechtsschutz der Europäischen Union

Dresdner Schriften zum Öffentlichen
Recht, Bd. 10

Frankfurt am Main 2010
243 S., 49.80 €
ISBN 978-3-631-58719-5



EMRK und gemeinsame Verfassungsüberlieferungen sind bis zum heutigen Tag feste Bezugspunkte im Grundrechtsschutzkonzept der EU. Die Arbeit analysiert diese Bedeutung und zieht dabei den Bogen von ihrer ersten Erwähnung in der Rechtsprechung des Gerichtshofs über die Aufnahme in das geschriebene Recht im Maastrichter Vertrag (Art. F Abs. 2 EUV, später Art. 6 Abs. 2 EUV) bis hin zum Lissaboner Vertrag (Art. 6 Abs. 3 EUV n.F.) - jeweils als Basis für Grundrechte in Form von allgemeinen Grundsätzen. Gesondert wird untersucht, ob EMRK-Grundrechte weiterhin nur mittelbar im Wege der wertenden Rechtsvergleichung Berücksichtigung finden oder ob sie aufgrund der erfolgten vertragstextlichen Absicherung im Unions- und Gemeinschaftsrecht unmittelbar gelten. In die Gesamtbewertung fließt auch die Frage ein, ob die so erfolgte Grundrechtsabsicherung den verfassungs- und konventionsrechtlichen Anforderungen an einen EU-Grundrechtsschutz genügt.

Inhalt

- Entwicklung einer Grundrechtsschutzkonzeption für das Gemeinschafts- und Unionsrecht
- Grundlagen der gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzkonzeption
- Besonderheiten aus dem Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht
- Besonderheiten aus dem Verhältnis

- von Gemeinschaftsrecht und EMRK
- Forderungen und Vorschläge für einen verbesserten Grundrechtsschutz
- Grundrechtsschutzsituation nach Art. 6 Abs. 2 EUV
- Bewertung von Art. 6 Abs. 2 EUV vor dem Hintergrund der fortlaufenden Grundrechtsschutzdiskussion.

www.peterlang.de

Steven T. Wax

Kafka in Amerika - Wie der Krieg gegen den Terror Bürgerrechte bedroht,
Hamburg 2009

Rezension Christoph Keller
Jura 9/2010, 720

Daniele Horner | Dragan Batavejlic

Grundeigentum und Registrierung von Liegenschaften in Serbien

Eigentumsschutz in der Praxis

Studien des Instituts für
Ostrecht München, Bd. 65

Frankfurt am Main 2010
244 S., 49.80 €
ISBN 978-3-631-60047-4



Diese Arbeit präsentiert die Rechtslage rund um das Eigentum an Immobilien in Serbien, wobei auch Reformen und geplante Gesetzesnovellen vorgestellt werden. Die Autoren sprechen Themen aus der Praxis an, mit welchen sich nicht nur Investoren, sondern auch private Käufer konfrontiert sehen: Doppel- und Mehrfachveräußerung von Liegenschaften, «Schwarzbauten», Privatisierung trotz fehlender umfassender Denationalisierung.

Das Werk enthält zudem einen Leitfaden zur Eintragung von Liegenschaften im öffentlichen Register, Muster-Bescheide und einen Muster-Kaufvertrag, der den Erwerb einer als «Schwarzbau» errichteten Liegenschaft (Hotel) im Freihandverkauf nach gescheiterter Privatisierung zum Gegenstand hat. Auch die Wahl des

Muster-Vertrages spiegelt die Realität wider und ist durchaus kein Sonderfall, sondern dem Alltag entnommen. In diesem Sinn soll die Analyse einen Gesamtüberblick über die Rechtslage zu Grundeigentum, Eigentumsschutz sowie Planungs- und Bauwesen in Serbien liefern und wird jeden Investor und Interessierten mit den Rahmenbedingungen zu Grundeigentum und Immobilien-Transaktionen vertraut machen.

Inhalt

- Privateigentum und andere Eigentumskategorien in Serbien
- Verfassungsrechtliche Grundlagen von Eigentum und Liegenschaftsregistrierung
- Privatisierung von innerstädtischem Bauboden und staatliches Monopol
- Duale Liegenschaftsevidenz
- Verfahren zur Eintragung von Rechten im Einheitlichen Liegenschaftskataster
- Rechtssicherheit für Investoren
- Problemfeld «Schwarzbauten»
- Privatisierung trotz ausstehender umfassender Denationalisierung
- Doppel- und Mehrfachveräußerung von Liegenschaften
- Reformen im Bereich Planungs- und Bauwesen sowie Sachenrecht
- Schaffung von Rechtssicherheit und Durchsetzbarkeit des Grundrechtes auf Eigentum.

www.peterlang.de

Ines Staiger

Recht in Zeiten des Terrors. Restorative Justice als normative Reaktion auf den Terrorismus unter besonderer Berücksichtigung der Opfer des Terrorismus,
<http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/10-2010/index.html>

Smaro Tassi

Die Verbindlichkeit des Rechts

Ein Fremdwort
für den Rechtspositivismus?

Schriften zur Rechts- und Staats-
philosophie, Bd. 12

Hamburg 2010
388 S., 98,00 €
ISBN 978-3-8300-5331-6
Erscheinungstermin:
September 2010



Die Verbindlichkeit wird heute als immanente Prämisse einer Rechtsordnung verstanden. Nicht nur Juristen sondern alle Rechtsunterworfenen führen in ihrem Bewusstsein die Begründung für die Notwendigkeit der Rechtsbefolgung auf eine für sie selbstverständliche Verbindlichkeit der Rechtsordnung zurück. Erst auf der Grundlage dieser Erkenntnis kann der Anspruch einer Rechtsordnung auf Geltung überhaupt nachvollzogen werden. Dabei fällt auf, dass sich der Rechtspositivismus nicht besonders mit ihr auseinandergesetzt hat, und wenn dies geschah, führte es nur zu ihrer Verwerfung als eine für das positive Recht unbrauchbare, metaphysische Prämisse. Diese Verwerfung führt die Autorin zu der Untersuchung des Verbindlichkeitsbegriffs. Das Werk befasst sich einerseits mit der Herkunft der Verbindlichkeit und ihren Wurzeln, welche im Römischen Recht verankert sind, und andererseits mit ihrer Entwicklung auf europäischem Boden bis hin zur Neuzeit. Dabei bildet die Untersuchung des Wandels, den der Begriff im Laufe der Zeit erfahren hat, den Schwerpunkt des Werkes.

Die Untersuchung hat ergeben, dass die Definition der Verbindlichkeit bzw. der obligatio im Römischen Recht von ihrer Definition unter scholastischem Einfluss abweicht. Letztere weist nämlich eher einen theologischen Bezug bei ihrer Entfaltung auf. Auch wurde ersichtlich, dass die Verbindlichkeit als wichtiger Aspekt der Begründung der Rechtsgeltung eigentlich nie aus der Rechtsgeltungslehre suspendiert, sondern von dieser

als Teilaspekt aufgenommen wurde. Auf diesen Befunden stützend, werden von der Autorin alle einzelnen Gründe, die die Verwerfung des Verbindlichkeitsbegriffes aus den rechtspositivistischen Theorien nach sich zogen, aufgedeckt.

Ziel der Autorin ist es an dem Beispiel der Verbindlichkeit des Rechts aufzuzeigen, dass der Rechtspositivismus die Theologisierung etwaiger juristischer Begriffe nicht ausreichend beachtet hat, und somit entweder bewusst oder unbewusst zu willkürlichen Verwerfungen tendierte.

www.verlagdrkovac.de

Berit Feldmüller-Bäuerle

Die strafrechtliche Kieler Schule

Rechtsgeschichtliche Studien, Bd. 39

Hamburg 2010
224 S., 78,00 €
ISBN 978-3-8300-5298-2
Erscheinungstermin:
September 2010



Bei der Kieler Schule handelt es sich um eine Gruppe von Rechtswissenschaftlern zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie versuchte, nicht nur die juristische Fakultät, sondern die gesamte Kieler Universität geschlossen in den Dienst der Ideologisierung und Politisierung der Wissenschaft zu stellen. Auf dem Gebiet des Strafrechts wurde die Kieler Schule bekannt durch Georg **Dahm** und Friedrich **Schaffstein**. Das Buch stellt im ersten Teil die Biographien Dahms und Schaffsteins dar. Der zweite Teil behandelt die Kieler Schule unter dem Einfluss des Nationalsozialismus. Im dritten Teil werden die Lehren Dahms und Schaffsteins herausgestellt. Es werden die inhaltlichen sowie die methodischen Ansätze herausgearbeitet, die von der Betonung des Gemeinschaftsgedankens und dem gesunden Volksempfinden sowie den Merkmalen Treue, Ehre, Pflicht und Gesinnung geprägt waren. Zudem forderten sie eine ganzheitliche und wesensmäßige Betrachtung bei der

Strafbarkeit des Täters. Die Bedeutung der Denkansätze Dahms und Schaffsteins im Nationalsozialismus wird ebenfalls herausgearbeitet. Den Lehren Dahms und Schaffsteins werden zudem die Theorien der Marburger Strafrechtler Erich Schwinge und Leopold Zimmerl gegenübergestellt, die die größten Kritiker von Dahm und Schaffstein waren. Das Werk schließt mit einer kritischen Schlussbetrachtung.

www.verlagdrkovac.de

Sonja Buckel

Subjektivierung und Kohäsion

Zur Rekonstruktion einer materialistischen
Theorie des Rechts

Weilerswist 2007
360 S., 38,00 €
ISBN 978-3-938808-29-0

Auf der Basis einer Rekonstruktion der seit dem Ende der 1970er Jahre mehr oder weniger verstummten Rechtstheorie in der Tradition von Marx entwickelt Subjektivierung und Kohäsion einen kritischen Gegenentwurf zu den heute vorherrschenden Gesellschafts-Rechts-Theorien. Zu diesem Zweck werden die Arbeiten von Franz Neumann, Otto Kirchheimer, Eugen Paschukanis, Oskar Negt, Isaac D. Balbus, der sog. »Staatsableitungs-Schule«, Antonio Gramsci, Nicos Poulantzas und Michel Foucault in ihren Stärken und Schwächen analysiert und anschließend füreinander übersetzt.

www.velbrueck-wissenschaft.de

Wolfgang Bergsdorf

Pfadfinder der deutschen Sozialgeschichte. Bereits vor 750 Jahren entstanden urkundlich verbürgte Vorformen heutiger Sozialsysteme. Nicht zufällig waren Bergleute dabei die Initiatoren,
PolMei 6/2010, 29-30

28. Wirtschaftswissenschaften

Vahlen

PRESSEMITTEILUNG

Presse und Lizenzen

BWL-Buch „Wöhe“ bleibt Bestseller
München, 14. September 2010

Mit rund 1,5 Millionen verkauften Exemplaren ist das Fachbuch Wöhe „Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ aus dem Verlag Vahlen seit Jahren unangefochtener Bestseller unter den deutschen BWL-Lehrbüchern. In diesem Monat feiert der „Wöhe“ sein 50-jähriges Bestehen. An Popularität hat der BWL-Klassiker nicht verloren – im Gegenteil.

Die gerade erschienene Jubiläumsausgabe (24. Auflage) kommt mit ihren über 800 durchgängig zweifarbigen Abbildungen noch übersichtlicher daher. Das Erfolgsrezept des „Wöhe“, der von Studenten auch „BWL-Bibel“ genannt wird, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Auflagen: fachliche Grundkenntnisse sind nicht erforderlich, das ganze Gebiet der Betriebswirtschaftslehre wird abgedeckt, schwierige betriebswirtschaftliche Entscheidungsprobleme erläutert das Werk in einfacher Sprache.

Vom Repetitor zum Bestseller-Autor

Herbst 1960: Im Verlag Vahlen erscheint ein Lehrbuch mit dem Titel „Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“. Der Autor ist ein junger Nachwuchswissenschaftler, den damals kaum jemand kennt. Sein Name: Günter Wöhe (*2. Mai 1924 † 29. Dezember 2007).

Günter Wöhe ist Ende der Fünfziger Jahre wissenschaftlicher Assistent an der Universität Würzburg. Nebenher betätigt er sich als Repetitor. Diplomkandidaten suchen Wöhes Rat und Hilfe, weil sie mit den damals gängigen BWL-Lehrbüchern nicht zurechtkommen. Als wissenschaftlicher Dienstleister entdeckt Günter Wöhe zwei-erlei: die Lehrbuchdefizite der anderen und die eigene didaktische

Begabung. In zweijähriger Arbeit fertigt er aus seinen repetitorischen Lehrunterlagen die Erstauflage seiner Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre mit 358 Seiten.

Das kleine blaue Buch des unbekanntenen Autors entwickelt sich zum sensationellen Publikumserfolg: Nach einer Erstauflage von 2.000 Stück erscheint keine zwölf Monate später bereits die zweite Auflage. Nach wenigen Jahren ist der Name Wöhe in aller Munde. Aus dem Autorennamen hat sich längst der Markenname „Wöhe“ entwickelt.

Modernes Lehrbuch in einem Band

Günter Wöhe lehrte als Professor BWL an der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Saarbrücken, der er bis zu seiner Emeritierung 1993 treu blieb. Für sein wissenschaftliches Wirken erhielt er zahlreiche Auszeichnungen.

Seit rund zwanzig Jahren führt Ulrich Döring, Wöhe-Schüler und Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Lüneburg, das bekannte Lehrbuch fort, das auch in japanischer, russischer, tschechischer und koreanischer Übersetzung erschienen ist. Im Internet ist der „Wöhe“ als Wöhe-Portal (www.woehportal.de) präsent, das für Studierende und Dozenten zahlreiche praktische Zusatzinformationen enthält.

Dank ständiger Aktualisierung hat sich der „Wöhe“ zum führenden Standardwerk der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre entwickelt. Ein Lehrbuch, das sich 50 Jahre nach seinem ersten Erscheinen immer noch größter Beliebtheit erfreut, weil es – wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zur Voraufgabe schrieb – „so jung, frisch und umfassend (ist), wie eine Einführung in die Betriebswirtschaftslehre in einem Band nur sein kann.“

www.vahlen.de

Karlheinz Küting

Der Geschäfts- oder Firmenwert in der deutschen Konsolidierungspraxis 2009. Ein Beitrag zur empirischen Rechnungslungsforschung

DB 36/2010, 1855-1862

Peter J. Schmieder

Berufsbegleitendes MBA-Studium Unternehmensgründung, -führung und -nachfolge an der Hochschule Deggen-dorf, (Beilage BB-aktuell)

BB 38/2010, 7

ÖSTERREICH

Sascha Suden

Hilfe, ich habe gegründet!

Wie aus kleinen Fehlern eine große Krise wurde.

Ein Erfahrungsbericht mit Tipps zum Bessermachen

Wien 2010

176 S., 19.90 €

ISBN 978-3-7093-0302-3



Aus den Fehlern anderer lernen

Alle Hürden überwunden, Firma gegründet, Geschäft eröffnet. Geschafft, denken Gründer, nun kann wohl nichts mehr schiefgehen. Doch oft stellt sich heraus, dass mit dem Tag der Eröffnung die Probleme erst beginnen. Autor Sascha Suden hat genau diese Erfahrung gemacht. Sechs Jahre führte er gemeinsam mit einem Partner ein exklusives Einzelhandelsgeschäft. Obwohl gut vorbereitet, hatte er verschiedene Kleinigkeiten nicht bedacht. Das Geschäft lief gut, zu ihren Kunden zählten Cartier, Lufthansa und der Deutsche Bundestag. Doch aus einer Reihe kleiner Fehler wurde schließlich eine große Krise. Welche Fehler er gemacht hat und wie Gründer aus diesen Fehlern lernen können, erzählt Sascha Suden offen und schonungslos. Ein Erfahrungsbericht, ergänzt durch Expertentipps, vom Unternehmensberater bis zum Anwalt, zeigt Existenzgründern, wie sie es besser machen.

www.lindeverlag.at

29. Sonstiges

OFD Frankfurt
Bilanzielle Abbildung von Rechten
an Filmwerken,
(Vfg. v. 15.04.2010 - S 2241 A-64-St 213 -)
KoR 9/2010, 480

EuGH
EuGH hat Neuregelung zur Umsatz-
steuerpflicht von Glücksspielumsätzen
abgesegnet
v. 10.06.2010 - Rs. C-58/09 -
mit Anmerkung Georg **Nieskoven**
GStB 9/2010, 298-299

Andreas **Humberg**
Wettkandale als Kündigungsgrund bei
Werbung durch Namensgebung für Sport-
stätten und -veranstaltungen
ZGS 9/2010, 397-400

BGH
Kein Anspruch auf Unterlassung der Ver-
anstaltung von Sportwetten; Sportwetten
im Internet
U. v. 02.12.2009 - I ZR 77/06 - (LS)
GRUR-RR 8-9/2010, 359-360

BFH
Bemessungsgrundlage bei Umsätzen von
Spielautomaten
v. 22.04.2010 - V R 26/08 -
mit Anmerkung Suse **Martin**
StC 9/2010, 10-11

Felix B. Hüsken
Die verwaltungsrechtliche Zulässigkeit
von Gewinnspielen im Internet. Glück-
sspielrechtliche, rundfunkrechtliche und
gewerberechtliche Aspekte
GewArch 9/2010, 336-343

EuGH
Glücksspielverbot, Ahndung
illegaler Glücksspielförderung abhängig
vom Veranstaltungsort (Schweden oder
anderer EU-Mitgliedstaat)
U. v. 08.07.2010 - Rs. C-477/08,
C-448/08 - (LS)
GewArch 9/2010, 374

OLG Köln
Wettbewerbsrecht: Sportwetten
im Internet
U. v. 12.05.2010 - 6 U 142/09 - (LS)
WRP 9/2010, 1181

OVG Thüringen
Sportwetten, Sportwettenmonopol, Sport-
wettenvermittlung, Untersagung, sofortige
Vollziehung, Sofortvollzug
B. v. 08.12.2009 - 3 EO 593/09 -
ThürVBl. 9/2010, 205-207

OVG Nordrhein-Westfalen
Geolokalisation und Handyortung bei
Internetglücksspiel
B. v. 03.12.2009 - 13 B 775/09 -
mit Anm. Thomas **Engels**
ITRB 9/2010, 208-209

OLG Schleswig-Holstein
Verkehrssicherungspflichten eines Klein-
gartenvereins
v. 05.01.2010 - 11 W 57/09 -
SchlHA 4/2010, 110

Neil George Weiland | Ulrich Poser
Bettina Backes

Sponsoringvertrag

Beck'sche Musterverträge, Bd. 26

4. Aufl., München 2010
250 S., 34,50 €
ISBN 978-3-406-61052-3
Erscheinungstermin:
Oktober 2010



Das Buch bietet einen vollständigen Spon-
soringvertrag mit zahlreichen Alternativen
und Varianten.

Der Vertrag ist ausführlich erläutert und
mit zahlreichen weiterführenden Hin-
weisen zu Literatur und Rechtsprechung
versehen.

Er ist auf der dem Buch beigelegten
CD-ROM vollständig enthalten und
kann somit für den Nutzer des Buches
durch Einsetzen der personen- und
projektbezogenen Individualdaten an
den gekennzeichneten Stellen als ideale

Textgrundlage für einen rechtssicheren
Sponsoringvertrag genutzt werden.
Ein detailliertes Sachverzeichnis rundet
das Werk ab.

Vorteile auf einen Blick

- vollständiges Muster
- ausführlich kommentiert
- mit vielen Alternativen und Varianten

Zur Neuauflage

Erweitert sind vor allem die Erläuterungen
im Bereich Hörfunk/Fernsehen und neue
Medien, grundlegend überarbeitet und
aktualisiert sind die steuerrechtlichen
Kommentierungen.

Inhalt

Das kommentierte Vertragsmuster
unterscheidet in allen seinen Varianten
zwischen

- Sportsponsoring
- Personensponsoring
- Kultursponsoring
- Veranstaltungssponsoring
- Ökosponsoring
- Projektsponsoring
- Soziosponsoring
- institutionellem Sponsoring und
- Sendungssponsoring

www.beck-shop.de

Marco W. Linke

**Design kalkulieren,
Stundensatz berechnen,
Kosten kalkulieren,
Nutzung vereinbaren,
Verträge verhandeln**

Kleiner Praxis-Leitfaden für selbstständige
Webdesigner und Grafik-Designer

Norderstedt 2010
108 S., 19,50 €
ISBN 978-3-8391-6646-8

www.book-on-demand.de

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-
Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kusel HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert.

Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

REZENSIONSANGEBOTE

Rudolf Federmann
Bilanzierung nach Handelsrecht, Steuerrecht
und IAS/IFRS Gemeinsamkeiten, Unterschiede
und Abhängigkeiten – mit über 180 Abbildungen
12. Aufl., Hamburg 2010
670 S., 39,80 €
ISBN 978 3 503 09365 6

Franz Simmerding | Rudolf Püschel
Bayerisches Abmarkungsrecht
Abmarkungsgesetz mit Feldgeschworenenordnung
und Vermessungs- und Katastergesetz
Boorberg Taschenkommentar
3. Aufl., München 2010
319 S.,
€48,-
ISBN 978-3-415-03925-4

Martin Pagenkopf | Oliver Pagenkopf | Axel Rosenthal
Der Aktenvortrag im Assessorexamen
24 Prüfungsvorträge aus dem Zivilrecht, Strafrecht
und Öffentlichen Recht
»Referendarausbildung Recht«
4. Aufl., München 2010
408 S., 29,50 €
ISBN 978-3-415-04523-1

Fischer | Obert (Hrsg.)
Festschrift für Dietrich Pannier
Köln 2010
469 Seiten 119,- €
ISBN 978-3-452-27332-1

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 37. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

JurBüro	Das Juristische Büro Zeitschrift für Kostenrecht und Zwangsvollstreckung	8/2010	www.luchterhand.de
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis - Herausgeber: Ländernotarkasse Leipzig i.V.m. den Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen- Anhalt, Thüringen	9/2010	www.otto-schmidt.de
RVG prof.	RVG professionell Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	9/2010	www.iww.de

2. Recht: Allgemein

DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	17/2010	www.dnoti.de
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	36/2010	www.boorberg.de
HuFR	Humboldt Forum Recht - Juristische Internet-Zeitschrift www. humboldt-forum-recht.de an der Humboldt-Universität zu Berlin	9-13/2010	www.humboldt-forum- recht.de
JR	Juristische Rundschau	8/2010	www.degruyter.de
Jura	Juristische Ausbildung	9/2010	www.degruyter.de
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	38/2010	www.beck.de
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	18/2010	www.njw.de

3. Staats- und Verfassungsrecht

– Keine Nachweise –

4. Gesetze und Verordnungen

BAnz	Bundesanzeiger	122- 132/2010	www.bundesanzeiger.de
BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I	47/2010	www.bundesanzeiger.de
DIE JUSTIZ	Die Justiz Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	9/2010	www.neckar-verlag.de
SchiHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen - Teil A Justizministerialblatt Schleswig-Holstein	4-7/2010	www.schleswig-holstein. de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt - Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	9/2010	www.kohlhammer.de
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010	www.boorberg.de

6. Verwaltungsrecht

BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd. 135 3/2010	www.heymanns.com
DÖV	Die öffentliche Verwaltung Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	11/2010	www.kohlhammer.de
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung	9/2010	www.deutsche-verwaltungspraxis.de
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst - Gesetzgebung - Rechtsprechung - Konsequenzen für die behördliche und anwaltliche Praxis	8/2010	www.vergabespezial.com

7. Glaube | Religion | Kirche

– Keine Nachweise –

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

– Keine Nachweise –

9. Privatrecht

ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht	9/2010	www.zap-verlag.de
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher- und Privat-Insolvenzrecht	8/2010	www.rws-verlag.de

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

EE	Erbrecht effektiv Aktueller Informationsdienst für das erbrechtliche Mandat	9/2010	www.iww.de
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht - Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	17/2010	www.famrz.de
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater Informationsdienst für die anwaltliche Praxis	9/2010	www.otto-schmidt.de
FK	Familienrecht kompakt Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	9/2010	www.iww.de
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen	9/2010	www.nwb.de

11. Verkehr | Transport

TranspR	Transportrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung und der Reiseveranstaltung	7-8/2010	www.luchterhand.de
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht - German Journal for Air and Space Law - Revue Allemande de Droit Aérien et Spatial	3/2010	www.heymanns.com

12. Strafrecht und Nebengebiete

NSZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungsübersichten und neue Entscheidungen	9/2010	www.beck.de
NSZ-RR	NSZ-Rechtsprechungsreport	9/2010	www.beck.de

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

AA	Arbeitsrecht aktiv Arbeitsrecht optimal gestalten und erfolgreich anwenden	9/2010	www.iww.de
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	18/2010	www.beck.de
AuR	Arbeit und Recht - Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis, hrsg. vom DGB	9/2010	www.aib-verlag.de

14. Sozialrecht

VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht	3/2010	www.heymanns.com
------	--------------------------------------	--------	------------------

15. Wirtschaftsrecht

AR	Der Aufsichtsrat - Fachinformationen für verantwortungsvolle Überwachung und Beratung von Unternehmen	Sonderheft/ 2010	www.vhb.de
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	38/2010	www.ruw.de
DB	DER BETRIEB - Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	36/2010	www.vhb.de
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	9/2010	www.degruyter.de
GewArch	Gewerbearchiv Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	9/2010	www.gildebuchverlag.de
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	17/2010	www.nwb.de
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	25/2010	www.beck.de
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung - Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	18/2010	www.beck.de
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht mit Beihefter: Insolvenzreport	37/2010	www.zap-verlag.de
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis	36/2010	www.rws-verlag.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis - Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	9/2010	www.dfv.de
-----	---	--------	------------

17. Gewerblicher Rechtsschutz

GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	17/2010	www.beck.de
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungsreport - vereinigt mit NJW-WettbR	8-9/2010	www.beck.de

18. Steuerrecht

BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs - Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	9/2010	www.haufe.de
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	9/2010	www.haufe.de
DStR	Deutsches Steuerrecht Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	36/2010	www.beck.de
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst - Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	17/2010	www.beck.de
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	18/2010	www.stollfuss.de
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	17/2010	www.stollfuss.de
ErbStB	Der Erbschaft-Steuer-Berater - Steueroptimierung bei Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Vermögensnachfolge, Erbfallgestaltung	9/2010	www.otto-schmidt.de
FStR	IFF Forum für Steuerrecht - Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	3/2010	www.iff.unisg.ch
GmbH-Stpr.	GmbH-Steuerpraxis Gestaltungsempfehlungen für die GmbH-Praxis Steuern, Vergütung, Haftung	9/2010	www.vsrw.de
GStB	Gestaltende Steuerberatung - Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte	9/2010	www.iww.de
KSR direkt	Kommentiertes Steuerrecht >> direkt - Der monatliche Infodienst zu Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen	9/2010	www.nwb.de
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	37/2010	www.nwb.de
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	17/2010	www.boorberg.de
StC	SteuerConsultant - Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	9/2010	www.haufe.de
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt - Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	17/2010	www.beck.de
StuB	Steuern und Bilanzen - Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	17/2010	www.nwb.de
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	36/2010	www.deubner-verlag.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht - Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung	3/2010	www.dfv.de
-----	---	--------	------------

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Info M	Mietrecht und Immobilien Offizielles Organ der ARGE MIETRECHT und WEG im Deutschen AnwaltVerein	7/2010	
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater Miete - Immobilienwirtschaft - Wohnungseigentum	9/2010	www.otto-schmidt.de
MK	Mietrecht kompakt Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	9/2010	www.iww.de
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	17-18/2010	www.rws-verlag.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

– Keine Nachweise –

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

ITRB	IT-Rechts-Berater - Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	9/2010	www.otto-schmidt.de
------	---	--------	--

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht	8/2010	www.beck.de
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	36/2010	www.wertpapiermitteilung.com

24. Asylrecht | Ausländerrecht

InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht	9/2010	www.luchterhand.de
----------	----------------------------------	--------	--

25. Europa | Europarecht

ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	110- 114/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	116/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	118/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	212/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	215/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	217/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	219- 238/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU E	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe E	6/2010	www.eur-lex.eu
ABI. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L - Rechtsvorschriften	201- 233/2010	www.eur-lex.eu
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	17/2010	www.beck.de

26. Internationales Recht

– Keine Nachweise –

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik	9/2010	www.blaetter.de
IP-Global	IP Global Edition The Journal of the German Council on Foreign Relations	2-5/2010	www.ip-global.org
IPol	Internationale Politik Zeitschrift der Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.	4/2010	www.wbv.de
PolMei	Die Politische Meinung Monatsschrift zu Fragen der Zeit	6-9/2010	www.politische-meinung.de
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte	2/2010	www.oldenbourg.de
WPO	WORLD POLITICS Quarterly Journal of International Relations	1/2010	journals.cambridge.org/wpo
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft - Journal of Political Science	2/2010	www.nomos.de

28. Wirtschaftswissenschaften

IndBez	Industrielle Beziehungen Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management	2/2010	www.hampp-verlag.de
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung - Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	9/2010	www.vhb.de
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung - Steuergestaltung Wirtschaftsberatung - Private Finanz- und Vermögensplanung	9/2010	www.iww.de
zbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung / Schmalenbachs Business Review	9/2010	www.vhb.de

29. Sonstiges

– Keine Nachweise –

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen,
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

AA	Arbeitsrecht aktiv - Arbeitsrecht optimal gestalten und erfolgreich anwenden	9/2010
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	110-118/2010
ABI. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	212-238/2010
ABI. EU E	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe E	6/2010
ABI. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L - Rechtsvorschriften	201-233/2010
AR	Der Aufsichtsrat Fachinformationen für verantwortungsvolle Überwachung und Beratung von Unternehmen	Sonderheft/ 2010
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	18/2010
AuR	Arbeit und Recht - Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis, hrsg. vom DGB	9/2010
BAnz	Bundesanzeiger	122-132/2010
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	38/2010
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	9/2010
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	9/2010
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	47/2010
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht	8/2010
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik	9/2010
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd. 135 3/2010
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	36/2010
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	9/2010
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	17/2010
DÖV	Die öffentliche Verwaltung Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	11/2010
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebs- wirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	36/2010
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	17/2010
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	18/2010

ANHANG

DVP	Deutsche Verwaltungspraxis - Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung	9/2010
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	9/2010
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	36/2010
EE	Erbrecht effektiv - Aktueller Informationsdienst für das erbrechtliche Mandat	9/2010
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	17/2010
ErbStB	Der Erbschaft-Steuer-Berater Steuroptimierung bei Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Vermögensnachfolge, Erbfallgestaltung	9/2010
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	17/2010
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	17/2010
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater - Informationsdienst für die anwaltliche Praxis	9/2010
FK	Familienrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	9/2010
FStR	IFF Forum für Steuerrecht Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	3/2010
Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	9/2010
GewArch	Gewerbearchiv - Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	9/2010
GmbH-Stpr.	GmbH-Steuerpraxis Gestaltungsempfehlungen für die GmbH-Praxis - Steuern, Vergütung, Haftung	9/2010
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	17/2010
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungsreport - vereinigt mit NJW-WettbR	8-9/2010
GStB	Gestaltende Steuerberatung Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte	9/2010
HuFR	Humboldt Forum Recht - Juristische Internet-Zeitschrift www.humboldt-forum-recht.de an der Humboldt-Universität zu Berlin	9-13/2010
IndBez	Industrielle Beziehungen - Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management	2/2010
InfAusIR	Informationsbrief Ausländerrecht	9/2010
Info M	Mietrecht und Immobilien Offizielles Organ der ARGE MIETRECHT und WEG im Deutschen AnwaltVerein	7/2010
IP-Global	IP Global Edition - The Journal of the German Council on Foreign Relations	2-5/2010
IPol	Internationale Politik - Zeitschrift der Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.	4/2010
ITRB	IT-Rechts-Berater Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	9/2010
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	17/2010
JR	Juristische Rundschau	8/2010
Jura	Juristische Ausbildung	9/2010
JurBüro	Das Juristische Büro - Zeitschrift für Kostenrecht und Zwangsvollstreckung	8/2010

ANHANG

KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung - Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	9/2010
KSR direkt	Kommentiertes Steuerrecht >> direkt Der monatliche Infodienst zu Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen	9/2010
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater Miete - Immobilienwirtschaft - Wohnungseigentum	9/2010
MK	Mietrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	9/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	38/2010
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	18/2010
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis - Herausgeber: Länder-notarkasse Leipzig i.V.m. den Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	9/2010
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht - Rechtsprechungsübersichten und neue Entscheidungen	9/2010
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport	9/2010
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	37/2010
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen	9/2010
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	25/2010
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	18/2010
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung Steuergestaltung - Wirtschaftsberatung - Private Finanz- und Vermögensplanung	9/2010
PolMei	Die Politische Meinung - Monatsschrift zu Fragen der Zeit	6-9/2010
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	17/2010
RVG prof.	RVG professionell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	9/2010
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen - Teil A - Justizministerialblatt Schleswig-Holstein	4-7/2010
StC	SteuerConsultant Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	9/2010
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	17/2010
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	17/2010
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	36/2010
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	9/2010
TranspR	Transportrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung und der Reiseveranstaltung	7-8/2010
VfZ	Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte - hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte	2/2010
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst - Gesetzgebung - Rechtsprechung - Konsequenzen für die behördliche und anwaltliche Praxis	8/2010
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht	3/2010

ANHANG

WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	36/2010
WPO	WORLD POLITICS - Quarterly Journal of International Relations	1/2010
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	9/2010
zbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung / Schmalenbachs Business Review	9/2010
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	17-18/2010
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung	3/2010
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht	9/2010
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	37/2010
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis	36/2010
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht German Journal for Air and Space Law - Revue Allemande de Droit Aérien et Spatial	3/2010
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft - Journal of Political Science	2/2010
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher- und Privat-Insolvenzrecht	8/2010